C 21734 D



Arbeiterkampf
l'étincelle

AK-Extra 29.4.77 DM 0,50

Nieder mit dem Europa von Schmidt und Giscard!
A bas l'europe des Schmidt et des Giscard!

Pourquoi ce journal commun?

La tentative de mise en place d'une Europe sans la coupe impérialiste se précise de plus en plus. On a vu cette année se multiplier les signes prouvant que la construction de cette Europe est bien engagée: projet d'un parlament européen, Convention anti-terroriste, collaboration des polices, extradiction de militants politiques,....
Nos deux organisations sont engagées dans leurs pays respectifs dans une campagne de dénonciation de cette Europe policière, de cette Europe des patrons. C'est dans ce cadre que ce numero, diffusé en France et en Allemagne, a vu le jour, essentiellement comme un acte d'internationalisme prolétarien à l'occasion du 1er mai, comme une première materialisation d'un certain nombre de táches communes qui attendent les organisations révolutionnaires européennes.

Wieso diese gemeinsame Zeitung?

Der Versuch, ein Europa unter imperialistischer Vorherrschaft zu schaffen, zeichnet sich immer klarer ab. In diesem Jahr haben die Anzeichen zugenommen, die beweisen, daß der Aufbau eines solchen Europas zügig vorangeht: Anti-Terroristen-Konvention, Projekt eines Europaparlaments, Zusammenarbeit der westeuropäischen Polizeien, Ausweisung politischer Gefangener.
Unsere zwei Organisationen führen in ihren jeweiligen Ländern den Kampf gegen dieses Europa der Bullen und Kapitalisten. In diesem Zusammenhang ist auch diese Zeitung, die in der BRD und in Frankreich vertrieben wird, aus Anlaß des 1. Mai entstanden – als ein Akt des proletarischen Internationalismus und als ein erster Schritt zur Konkretisierung zahlreicher gemeinsamer Aufgaben, die auf die westeuropäischen Revolutionäre zukommen.





OCT

Die OCT wurde erst vor einigen Monaten aus einem Zusammenschluß von „Revolution!" und OC/GOP (Gauche Ouvriere et Paysanne = „Arbeiter- und Bauernlinke") gebildet. Ihr Presse-Organ ist die Wochenzeitung „l'etincelle" („Funke").

Bei „Revolution!" (nach eigenen Angaben etwa 1.000 Genossen) handelte es sich um eine Abspaltung der trotzkistischen „Ligue Comuniste"; die OC/GOP (etwa 400 Genossen) war eine Abspaltung der PSU. Arbeitsschwerpunkte der OCT sind u.a. die Frauenbewegung (die OCT gibt dafür eine Zeitung heraus, „Femmes travailleuses en lutte" = „Arbeiterinnen im Kampf"), die Soldatenbewegung, die Gewerkschaftsarbeit (60 % der Genossen arbeiten in der CFDT) und auch eine politische Arbeit unter den Bauern.

Zu den Kommunalwahlen im März hatte die OCT eine Einheitsliste zusammen mit den trotzkistischen Organisationen LCR und „Lutte Ouvriere" („Arbeiterkampf") gebildet, die relativ erfolgreich abschr.itt: In den 32 Städten, wo sie eigene Kandidaten aufgestellt hatte, entfielen durchschnittlich 4,6 % der Stimmen auf sie.

OCT unterhält traditionell (von „Revolution!" übernommen) besonders enge internationalistische Verbindungen zu Avanguardia Operaia (Italien) und zum Förbundet Kommunist (Schweden) sowie zur spanischen Gruppe „Bandera Roja" („Rote Fahne"). Die OCT bzw. ihre Vorläuferorganisationen haben trotz Kritik an der chinesischen Außenpolitik bis zum Hua-Putsch vom 6./7. Oktober 1976 insgesamt die Politik der KP Chinas unterstützt, sich seit diesem Zeitpunkt aber mehr und mehr von deren aktuellen Erscheinungen distanziert.

KB

Der Kommunistische Bund gründete sich im Herbst 1971 als Zusammenschluß mehrerer kleiner Gruppen, vor allem in Norddeutschland. Politisch grenzte sich der KB von Anfang an nicht nur vom Reformismus und Revisionismus ab, sondern auch vom Sektierertum und Antikommunismus der „ML"-Bewegung. Während wir in den letzten Jahren eine immer stärkere Kritik an der chinesischen Außenpolitik üben mußten und seit dem Hua-Putsch vom Oktober 1976 auch die chinesische Innenpolitik mit großer Skepsis betrachten, verteidigen wir doch den praktischen und theoretischen Beitrag der chinesischen Revolution und des Genossen Mao Tse-tung zum Marxismus-Leninismus. So vor allem die Lehren der Kulturrevolution als konkrete Alternative zur Deformation der Beziehung Massen – Partei in der Sowjetunion unter Stalin.

Der KB hat in der BRD als erste Organisation und seither am konsequentesten die „Faschisierung von Staat und Gesellschaft" analysiert und bekämpft. Ebenso sehen wir den Kampf gegen die Expansions- und Kriegspolitk des westdeutschen Imperialismus als eine vordringliche Aufgabe.

Der KB hat seit langem internationalistische Beziehungen geknüpft, so vor allem zum chilenischen MIR, zum MES (Portugal), zu Lotta Continua und Avanguardia Operaia in Italien, zur POLISARIO, zur palästinensischen PFLP. Auf dem II. Kongreß des MES im Februar 1976 haben wir den Vorschlag dargelegt, zukünftig über die Perspektive der Schaffung einer neuen „Internationalen" zu diskutieren. Die Herausgabe dieser Zeitung, gemeinsam mit der OCT, fassen wir als einen kleinen konkreten Schritt in diese Richtung auf.

Gemeinsame Erklärung OCT/KB

Zur europäischen Frage

Auf Initiative und Entwurf der Genossen der OCT hin haben OCT und KB folgender gemeinsamer Erklärung zugestimmt:

1. Die Situation

Das Problem der europäischen Institutionen steht auf der Tagesordnung in den verschiedenen Ländern Westeuropas, wenn auch in jeweils anderen Formen. Die Bourgeoisie will innerhalb der EG ihr Projekt der Wahl eines Europaparlaments durchsetzen. In anderen Ländern wie Portugal, Griechenland oder Spanien, wirbt sie für den Eintritt in die EG bzw. für eine engere Zusammenarbeit in deren Rahmen.

Gleichzeitig will sie ihr „Sparpolitik"-Programm durchsetzen.

Um die tatsächliche Bedeutung der Pläne der Bourgeoisie im Zusammenhang der Klassenkampfentwicklung in Westeuropa einzuschätzen, ist die Herausarbeitung der Hauptelemente der Krise der bürgerlichen Herrschaft in Westeuropa seit den 70iger Jahren notwendig.

In allen Ländern Westeuropas sind die Arbeiter und werktätigen Massen mit einer allgemeinen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen konfrontiert, durch Inflation, Lohnraub und durch die kapitalistische Rationalisierung. Allein in den Ländern der EG gibt es über fünf Millionen Arbeitslose.

Gleichzeitig hat sich in der gesamten kapitalistischen Welt die Revolte der Arbeiter und der Jugend gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit und des Lebens entwickelt.

Diese Revolte, die teils „schleichend", teils „militant" ist, kam in Frankreich im Mai 68, in Italien während des „heißen Herbst", in der BRD, Limburg (Belgien) und Schweden zum Ausdruck.

Das Zusammenwirken der drei Hauptkampfbewegungen (Arbeiterkämpfe, Volkskämpfe und Unabhängigkeitsstreben der unterdrückten Völker) hat die Krise 73-74 hervorgerufen und verschärft, die innerimperialistische Konkurrenz.

Zwei Hauptfaktoren kennzeichnen die Situation: Es handelt sich um eine Wirtschaftskrise und um eine allseitige politisch-ideologische Krise, die die bürgerliche Herrschaft selber in Frage stellt.

Die Manöver der Bourgeoisie haben die Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber der allgemeinen Offensive der Arbeiter und der unterdrückten Völker und die Vorbereitung einer Gegenoffensive zum Ziel.

In diesem Zusammenhang geht es dem Imperialismus darum, eine neue internationale Arbeitsteilung einzuführen und neue Klassenbündnisse zu stabilisieren:

- die USA sollen die hochentwickelte Technologie und einige Hauptproduktionen weiterbehalten;
- darüber hinaus soll ein erster Industriegürtel hoch qualifizierte Industrien besitzen;
- ein zweiter Industriegürtel soll die Montageindustrien für die Zonen mit billigen Arbeitskräften umfassen;
- und schließlich soll ein vierter Teil die Reservearmee liefern.

2. Die deutsch-amerikanische Strategie

Es steht in der Logik des Imperialismus, niemals friedlich oder freiwillig seine Macht den Völkern abzutreten.

Die Siege, die die Völker in ihren Kämpfen erringen, veranlassen den Imperialismus nur zu einer verschärften Aggressivität und zu einer Verstärkung seines Vernichtungspotentials. Immer brutalere Techniken werden in den Kriegslaboratorien des US-Imperialismus entwickelt.

Der US-Imperialismus hat erklärt, er würde kein zweites Angola „dulden". Die aktuelle Entwicklung in Zaire beweist es.

Die NATO will ihr „Aufgabengebiet" von Westeuropa bis zum Indischen Ozean und zur Südspitze Afrikas erweitern.

Gleichzeitig verschärft sich unaufhörlich das Wettrüsten und die Rivalität auf dem Atomenergiesektor zwischen den USA und der Sowjetunion.

Dementsprechend wächst die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen diesen beiden Mächten.

Der westdeutsche Imperialismus tendiert immer stärker dazu, an der Seite des US-Imperialismus zum zweiten Hauptfeind der Völker zu werden. Während in der Vergangenheit, aufgrund seiner relativen Schwäche, der BRD-Imperialismus sich mehr oder weniger zurückhielt, zeigt er heute immer offener seine Großmachtambitionen.

Für dieses Ziel setzt er das gesamte Register imperialistischer Politik ein: Von diplomatischen Aktivitäten bis zum Kapitalexport, über den Weg der ökonomischen Erpressung und legale bis halblegale Interventionsmethoden. Heute, unter direktem Bruch der unterzeichneten Verträge, ist die westdeutsche Bourgeoisie auf dem Weg, sich alle Mittel für eine eigenständige Atomwaffen-Produktion zu verschaffen. Parallel dazu wächst das internationale Atomgeschäft der BRD.

Die jüngsten Verträge mit Brasilien zeigen ganz deutlich, daß der BRD-Imperialismus keineswegs dem US-Imperialismus untergeordnet ist, sondern bereits heute in der Lage ist, eine eigenständige imperialistische Politik zu verfolgen.

Insgesamt zeichnet sich eine Entwicklung ab, wo der BRD-Imperialismus Aufgaben übernimmt, die in der Vergangenheit im Bereich des US-Imperialismus lagen: Ob in Spanien, wo er sich in Zusammenarbeit mit den Faschisten um die Verhinderung einer portugiesischen Entwicklung bemüht, oder in Italien, wo er über das Mittel der Erpressung der Arbeiterklasse eine „Sparpolitik" aufzwingt.

3. Die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Strategie für Westeuropa

Die Hauptfeinde in Westeuropa sind der US-Imperialismus und der BRD-Imperialismus, von dem eine immer größere Gefahr ausgeht, das sogenannte „Modell Deutschland".

Das gemeinsame Projekt von USA und BRD für Westeuropa bedeutet heute drei unmittelbare Maßnahmen:

- Die Wiederherstellung einer imperialistischen Hierarchie;
- Das Aufbrechen der Front der unabhängigen Länder der 3. Welt;
- Die Unterdrückung der Arbeiterklasse, um ihr diese Restrukturierung aufzuzwingen.

Die Erreichung des dritten Ziels ist heute das Hauptanliegen der Imperialisten. Die Pläne der Imperialisten stoßen auf den Widerstand der Arbeiterklasse der Länder Südeuropas und des Mittelmeerraumes (Frankreich, Italien, Spanien, Portugal), wo die Arbeiter stärker sind, über festere Kampferfahrungen und Kampforganisationen verfügen, und wo ihr Klassenbewußtsein schärfer ausgeprägt ist. Es sind auch die Länder, wo breite Sektoren, die immer die traditionelle Massenbasis der bürgerlichen Herrschaft bildeten – wie die französischen oder italienischen Landarbeiter (Krise des Mezzogiorno) – aufgrund ihrer direkten Betroffenheit durch die Krise bereit sind, zu rebellieren. Angesichts dieser Gefahr hat der deutsche und amerikanische Imperialismus die Wahl zwischen verschiedenen Taktiken:

- Die Steuerung der Restrukturierung durch die jeweiligen regierenden Rechtsparteien durch Kredite und internationale Erpressung, um die ihnen sinnvoll erscheinenden Pläne durchzusetzen;
- Im Falle des Scheiterns dieser Taktik die Vorbereitung einer anderen Lösung, durch eine mögliche Regierungsübernahme der Linksparteien. Das ist der Weg der „Entstabilisierung", der schon in Chile und Portugal erprobt wurde und der einen Übergang zu „starken Staaten" bilden soll.
- Eine dritte Möglichkeit, die nur eine Zwischenstufe zwischen den beiden anderen bilden kann, besteht darin, reformistischen Kräften vorübergehend die Durchführung der Restrukturierung und Repression zu übergeben.

In allen diesen Fällen spielt die Sozialdemokratie, und in immer direkterer Zusammenarbeit die Kräfte des Eurokommunismus, eine wesentliche Rolle. Teils als Regierungspartei, wie in Nordeuropa, wo sie selber die imperialistischen Pläne in die Tat umsetzt, teils als Instrument zur Spaltung und Kanalisierung der Massenbewegungen, wie in Portugal.

Somit bedeutet der „Aufbau Europas" durchaus keine Struktur, zur Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiter für ihre Befreiung, wie es die Sozialdemokraten und Anhänger des Eurokommunismus behaupten, sondern der „Aufbau Europas" ist im Gegenteil nur eine Waffe mehr für die westeuropäischen Bourgeoisien und des US-Imperialismus zur Ausbeutung der Massen und Unterdrückung der Völker.

Ein solches Europa müssen wir bekämpfen!

Die Wahl eines Europaparlaments wird nicht als solche, d.h. nicht direkt, eine Verstärkung dieses Ausbeutungsapparates bedeuten: es wird sich jedoch beim Europaparlament auch nicht einfach um eine Machtstruktur handeln, die den bereits existierenden ähnlich ist.

Die Legitimierung durch das geplante Verfahren der Direktwahl soll als ideologische Rückendeckung für die Einmischungspolitik in die Angelegenheit anderer Länder herhalten.

4. Die Aktionsperspektiven

4. Die Aktionsperspektiven

Das bedeutet, daß das Europaparlament nicht das eigentliche Ziel unseres Kampfes ist, sondern unser Kampf richtet sich gegen die reaktionäre europäische Integrationspolitik, die dahinter steht.

Das trennt uns radikal von allen bürgerlichen und chauvinistischen Oppositionen zum Europaparlament, die in Frankreich und Großbritannien eine Kampagne entwickeln werden – im Namen des Nationalismus und der zweitrangigen imperialistischen Mächte, die sich von diesem Projekt bedroht fühlen.

Allerdings sind die politischen Bedingungen günstig:

- Interne Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, auch wenn sich darauf keine Bündnispolitik stützen kann;
- Widersprüche innerhalb der reformistischen und revisionistischen Parteien zu diesem Thema; die Sozialdemokratie ist dabei meistens an der Spitze, um die europäische Integrationspolitik zu verteidigen;
- Schwierigkeiten der „linken" Parteien gegenüber ihrer traditionellen Basis (Tradition des Widerstands in Frankreich und in Italien, Besorgnis von Mitgliedern der sozialistischen Parteien angesichts der Entwicklung der westdeutschen Sozialdemokratie usw. . . .).

Die Aktion der westeuropäischen Revolutionäre muß also folgende Ziele haben:

- Die Verhinderung der Hegemonieversuche seitens reaktionärer bürgerlicher Kräfte über die Bewegung gegen die Pläne der Imperialisten;
- Die Entwicklung einer solchen Oppositionsbewegung auf klaren klassenmäßigen Grundlagen. Die Ziele der Imperialisten müssen klar und deutlich benannt werden. Die Rolle der Sozialdemokraten und der „Eurokommunisten" muß entlarvt werden.

Die Revolutionäre müssen:

- das Projekt der Direktwahl eines Europaparlaments und die Projekte einer Erweiterung der EG entlarven;
- die Immigrationspolitik und die Agrarpolitik der EG bekämpfen;
- konkrete Kampfaktionen organisieren gegen den Export des „Modell Deutschland" in ganz Westeuropa (Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Atomindustrie, Militarisierung von Staat und Gesellschaft);
- auf breitester Ebene die Initiativen der westeuropäischen Revolutionäre gegen den Aufbau eines solchen vom US- und BRD-Imperialismus beherrschten Europas koordinieren.



Frankreich im Mai 1968

Aufruf zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD

1. Die Bertrand-Russell-Peace-Foundation hat sich bereit erklärt, ein Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland zu veranstalten.

Russell-Tribunale hat es bisher über „Kriegsverbrechen in Vietnam" und über die „Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" gegeben. Russell-Tribunale setzten sich aus unabhängigen demokratischen Persönlichkeiten unterschiedlicher Nationalität zusammen. Sie sind an keinerlei staatliche Institution oder sonstige machtpolitische Interessen gebunden. Das Russell-Tribunal über die „Repression in der BRD" beabsichtigt, noch in diesem Jahr die Frage einer Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte in der BRD zu untersuchen. und der internationalen Öffentlichkeit seine Informationen darüber zu unterbreiten.

Zur Unterstützung dieses Tribunals hat sich ein Initiativausschuss gebildet, der sich aus Personen des politischen, kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens zusammensetzt.

2. Die Erwägung, ein solches Tribunal durchzuführen, stützt sich darauf, daß in der BRD in einer sich verschärfenden internationalen Krisensituation Schritt um Schritt demokratische Freiheitsrechte systematisch eingeschränkt werden. Angesichts der ökonomischen Vormachtstellung der BRD wird diese Entwicklung zu einer konkreten Gefahr für Westeuropa.

In der Bundesrepublik ist die Repression am weitesten fortgeschritten. Die hier praktizierten Berufsverbote haben im Ausland zunächst die größte Beachtung gefunden: mehr als 800.000 Bewerber für den Öffentlichen Dienst wurden überprüft, 3.000 Berufsverbote ausgesprochen.

Gesinnungsschnüffelei und Jagd auf „Extremisten" haben längst auf weitere Bereiche übergegriffen:

- ermuntert durch die staatlich sanktionierte Berufsverbotepraxis sorgen Rundfunkanstalten und Verlage für eine „Ausgewogenheit", die kritische Ansätze neutralisieren soll;
- durch sogenannte Ehrengerichtsverfahren, teilweise gekoppelt mit Strafverfahren, werden inzwischen schon mehr als 70 Strafverteidiger wegen ihrer Verteidiger-Tätigkeit verfolgt;
- Repression gegen Frauen, die in Beruf, Ausbildung, Familie und anderen gesellschaftlichen Bereichen die doppelte Unterdrückung der Frau bekämpfen; Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbots und verschärfte Verfolgung und Kriminalisierung von Frauen, die abgetrieben haben; Praktiken und Verordnungen, mit denen sogar der revidierte § 218 lokal oder regional noch unterlaufen wird; Polizeiübergriffe und Bespitzelung von Frauenzentren, Fraueninitiativen und Frauenhäusern; besondere Repression gegen weibliche Gefangene;
- die Gewerkschaftsvorstände haben sich mit den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" ein bequemes Mittel geschaffen, um den Kampf gegen konsequente Vertreter von Arbeiterinteressen zu führen;
- die Unternehmer nutzen dieses Klima aus, um noch forcierter den innerbetrieblichen Werkschutz als Spitzel- und Unterdrückungssystem auszubauen. Brokdorf hat gezeigt, wie gut er sich als paramilitärische Truppe einsetzen läßt.

Gegen alte und neue Nazis, gegen rechtsradikale Schlägertrupps, wird dagegen kaum vorgegangen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder sitzen in hohen und höchsten Staatsämtern und sind zum Teil selbst bei Berufsverboteurteilen aktiv.

Prozesse gegen NS-Verbrecher werden um Jahrzehnte verschleppt, Verurteilte (falls es überhaupt dazu kommt) privilegiert behandelt.

Verlage fördern durch Massenproduktion Literatur, die die Naziherrschaft verherrlicht.

3. *„Die Bundesrepublik ist einer der freiheitlichsten Staaten der Welt"*, oder *„Noch niemals in der deutschen Geschichte hat es ein solches Ausmaß an Freiheit gegeben"*. Solche und ähnliche Parolen bekommt man aus dem Mund der verantwortlichen Politiker tagtäglich zu hören. Tatsächlich aber haben diese Politiker in den letzten Jahren durch neue Gesetze und die schärfere Fassung des geltenden Rechts einen massiven Abbau demokratischer Rechte betrieben und dadurch die Notstandsgesetze von 1968 wirksam im Sinne eines umfassenden Repressionsinstrumentariums ergänzt. Während die in der Verfassung niedergelegten Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden, ist gleichzeitig die Machtbefugnis von Polizei- und Justizapparat gewaltig gesteigert worden:

- neue gesetzliche Bestimmungen für die „Verfassungsschutz"-Ämter ermöglichen es, Dossiers über politische Aktivitäten jedes Bürgers anzulegen. „Amtshilfe" wird auch Firmenleitungen und öffentlich-rechtlichen Anstalten wie Arbeitsämtern, Finanzämtern usw. geleistet, mit denen die Geheimdienste ihre „Erkenntnisse" austauschen. Das Vorgehen gegen den Kernphysiker Traube zeigt, daß der Geheimdienst auch vor Gangsterstücken nicht zurückschreckt.

Die Geheimdienste der BRD arbeiten organisiert und personell mit Geheimdiensten faschistischer Staaten zusammen (Spanien, Iran) und unterstützen dadurch die Verfolgung oppositioneller Kräfte in diesen Staaten.

- Die ausländerrechtlichen Bestimmungen werden verschärft angewendet, das Asylrecht soll grundlegend geändert werden.
- Künftig sollen Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen und „erkennungsdienstliche Maßnahmen" zu jeder Tages- und Nachtzeit erlaubt sein.
- Neue Strafrechtsbestimmungen wie die §§ 88a, 130a, 140 StGB ergänzen die Maßnahmen justizförmiger Zensur. Sie richten sich nicht nur gegen fortschrittliche Verlage und Buchhandlungen. Sie erlauben es, jeden, der in einem Flugblatt zum Streik aufruft oder sich mit laufenden Aktionen solidarisiert, jeden, der zum Widerstand gegen die Zerstörung seiner Existenz durch Kernkraftwerke und Industrieanlagen auffordert, als „Befürworter strafbarer Gewalt" polizeilichen Ermittlungen zu unterwerfen und strafrechtlich zu verfolgen.
- Im Zuge des Stammheimer Prozesses wurden Gesetze erlassen, die zeigen, wie Strafverfahren als Instrumente der Repression eingesetzt werden: grundlegende Rechte von Angeklagten und ihren Verteidigern wurden eingeschränkt, die Haftbedingungen verschärft. Im Fall politischer Gefangener geht das soweit, daß durch die Versagung einer angemessenen medizinischen Versorgung die Vernichtung der Betroffenen durch die Justizorgane billigend in Kauf genommen, wenn nicht gar betrieben wird. Die Umstände des Todes von Katharina Hammerschmidt und Holger Meins zeigen dies ebenso deutlich wie der lebensbedrohende Gesundheitszustand von Karl-Heinz Roth.
- Die Polizei wird zunehmend militarisiert. Sie soll künftig Handgranaten und Maschinengewehre gegen eine Menschenmenge einsetzen dürfen, „wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen". Mit den „Mobilen Einsatz-Kommandos" steht der Polizei eine hochspezialisierte Truppe zur Verfügung.

Der gesetzlich vorgesehene gezielte Todesschuß wird die schon jetzt zahlreichen Exekutionen auf offener Straße sanktionieren und jede Hemmung zur Ausschaltung von „Störern" beiseite räumen.

Wenn die Polizei nicht ausreicht, steht der verstärkte Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppe zum Einsatz bereit. Wie ernst diese Bedrohung schon heute zu nehmen ist, hat vor kurzem das Vorgehen der Bundes- und Landesregierungen gegen die Atomkraftwerksgegner gezeigt: flankiert von einer gezielten Fernseh- und Pressekampagne wurde das bislang größte Aufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz in der Geschichte der BRD mobil gemacht.

4. Von allen diesen Maßnahmen ist bisher nur eine kleine Anzahl von Bürgern direkt betroffen. Für Millionen haben sie jedoch ein Klima der Einschüchterung und Anpassung geschaffen, das die Formulierung von Kritik, die Entwicklung alternativer politischer Vorstellungen und jeden Zusammenschluß, der auf Veränderung abzielt, schon von vornherein ersticken soll. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Möglichkeiten bereitgestellt, um bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte auch Massenbewegungen bekämpfen zu können.

Ein Großteil der Bevölkerung steht dieser Entwicklung gleichgültig gegenüber, weil sie auf gesetzlichem Wege, durch Beschlüsse des Bundestages vorangetrieben wird, und damit der Schein von Demokratie gewahrt bleibt. Dies geht soweit, daß die 1968 verabschiedeten verfassungsverändernden Notstandsgesetze es sogar zulassen, auf parlamentarischem Wege unter Berufung auf einen „Inneren Notstand" in diktatorischer Weise die Macht auszuüben.

5. Unter der Leitlinie „Deutschland – ein Modell für Europa" meldet der bundesdeutsche Staat seinen Anspruch an, die Führung in einem nach seinen Vorstellungen vereinten Europa zu übernehmen. Insbesondere den Ländern gegenüber, in denen die Arbeiterbewegung stärker entwickelt ist, spielt er sich als Ordnungshüter auf. Auf diese Weise soll möglichen Rückwirkungen, die von politischen und ökonomischen Umwälzungen in benachbarten oder verbündeten Staaten ausgehen könnten, schon vorbeugend begegnet werden.

Erste Ansätze einer derartigen Großmachtpolitik werden bereits praktiziert. Dazu zählen

- die kaum verschleierten politischen und ökonomischen Interventionen in Portugal und Spanien, um bei der Ablösung der alten Regimes unkontrollierte radikale Umwälzungen zu verhindern;
- die unverblümte Aufforderung an Italien, Kommunisten nicht an der Regierung zu beteiligen;
- die Gewährung von Wirtschaftshilfe mit der Forderung nach einem Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte der italienischen Arbeiterklasse zu verknüpfen;
- der Druck auf die griechische Regierung, um die Auslieferung von Rolf Pohle zu erzwingen. In diesem Zusammenhang ist auch der Versuch zu sehen, das Asylrecht unter dem Mantel einer „Anti-Terrorismus-Konvention" im europäischen Rahmen aufzuweichen;
- die Ausdehnung der politischen Überprüfung auf EG-Beamte oder im Ausland beschäftigte deutsche Lektoren.

5. Wir begrüßen es daher, daß die Bertrand-Russell-Peace-Foundation sich bereit erklärt hat, ein Tribunal zur politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Freiheit, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Lande geworden sind.

6. Da die Russell-Foundation nicht über die materiellen Mittel verfügt, dieses Tribunal durchzuführen, fordern wir dazu auf, das Projekt finanziell zu unterstützen: Kontonummer 4645340/01 (R. Rütten – Kennwort: „Russell-Tribunal") bei der Dresdner Bank Frankfurt/Main.

Frankfurt/Main, 26. Februar 1977

INITIATIVE ZUR UNTERSTÜTZUNG EINES RUSSELL-TRIBUNALS ÜBER DIE REPRESSION IN DER BUNDESREPUBLIK

(Kontaktadresse: Jens Huhn, Haydnstraße 3, 6450 Hanau 8)

Herausgeber – Druck – Verlag
J.Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
v.i.S.d.P.: Kai Ehlers
Auflage: 10 000, Preis: 0,50 DM

Das Europa der Bullen

Noch bevor das Europaparlament selbst zur Realität geworden ist, wird im europäischen Maßstab heute ein Justiz- und Polizeiapparat aufgebaut, dessen Speerspitze die „Europäische Antiterroristen-Konvention" ist. Diese Konvention, die in Straßburg von verschiedenen Außenministern Westeuropas unterzeichnet wurde, zielt auf die Erleichterung der politischen Repression ab, indem ihr ein europäischer Rahmen gegeben wird.

Über allgemeine Äußerungen zum „Terrorismus" und „Gewalt" hinaus, verfolgt die „Antiterroristen-Konvention" das Ziel, das Asylrecht auf ein Minimum zu reduzieren. Das Asylrecht, Bestandteil der Verfassung der meisten westeuropäischen Staaten, wird in der Praxis aufgehoben, um das Gegenteil einzuführen, das Ausweisungsrecht. Die Bourgeosie hat sich noch nie daran gestört, ihre eigenen Gesetze zu brechen, wenn sie es für opportun hielt. Und bereits seit längerem gibt es eine Zusammenarbeit der Polizeien ebenso wie Ausweisungen politischer Gefangener. Man erinnere sich nur an die regelmäßigen Treffs zwischen Poniatowski (französischer Ex-Innenminister) und seinem Franco-faschistischen Kollegen, oder an das Schicksal der baskischen Flüchtlinge in Frankreich.

Sie wurden an der französischen Grenze von französischen Polizisten verhaftet und in die Hände der faschistischen Henker zurückgebracht.

Auch ist bekannt, daß die BRD-Regierung nie moralische Skrupel hatte, wenn es ihr darum ging, an ihre Freunde in Griechenland, in der Schweiz oder kürzlich in Frankreich (im Fall von Detlev Schultz) Ausweisungsanträge zu stellen.

Die „Anti-Terroristen-Konvention" stellt also nichts wesentlich Neues dar. Sie ist aber wohl ein zusätzlicher Schritt zur Einführung internationaler repressiver Strukturen. Sie ist ein Kettenglied mehr im aktuell forcierten Aufbau eines Europas der Kapitalisten und der Bullen.

Noch nie ließ sich die Bourgeosie von Grenzen abhalten, um ihre Gegner zu verfolgen.

Heute muß jeder konkrete Repressionsfall, jeder Angriff auf die elementarsten demokratischen und politischen Freiheiten mit dem gemeinsamen Handeln der westeuropäischen Revolutionäre beantwortet werden.



Die französische sozialistische Partei und die europäische Frage

Viele französische Arbeiter, und wahrscheinlich auch viele westdeutsche Arbeiter haben Mühe, die Politik der Partei von François Mitterrand zu verstehen, insbesondere ihre internationale Politik und ihre Haltung gegenüber der SPD und der Schmidt-Regierung.

Die PS ist, rein wahlmäßig gesehen, heute die stärkste Opposition zu Giscard. Sie schafft es, einen breiten Teil der Unzufriedenheit der Massen auf ihre Mühlen zu lenken. Außerdem hat die PS auch die Initiative für ein „Komitee zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten in der BRD" ergriffen. Die PS hat ferner einen Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien Südeuropas versucht, abseits der „Sozialistischen Inernationale" von Willy Brandt.

Und dennoch gibt es für Giscard, eingeklemmt zwischen der chauvinistischen Opposition der RPR (Sammlungsbewegung für die Republik) von Chirac einerseits und der PCF von Marchais andererseits, keine bessere Stütze als die PS in der Frage des Projekts der Direktwahl eines Europaparlaments.

Schon reden die Führer der PS von der Notwendigkeit eines „geographischen Kompromisses" mit der BRD im Falle eines Wahlsieges des Linksbündnisses...

Um diese widersprüchliche Haltung nachzuvollziehen ist eine kurze Erinnerung der Geschichte der PS notwendig.

Die „alte" sozialistische Partei: Lakai der US-Imperialisten

1945 teilten sich in Frankreich drei Parteien die Macht: die „alte" sozialistische Partei (genannt SFIO), die Christdemokratie (genannt MRP), und die KPF unter der Führung des Revisionisten Thorez. Thorez übernahm die Aufgabe der Entwaffnung der „Francs Tireurs et Partisans" (französische Widerstandsorganisation gegen die Nazi-Besetzung) und half bei der Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die durch die Kollaboration mit den Nazis diskreditierte Bourgeoisie: „Arbeiter angepackt! Der Streik ist eine Waffe des Trusts" (Thorez' Worte!).

Kaum war die KPF mit dieser Drecksarbeit fertig, begann der „kalte Krieg" zwischen den zwei großen Mächten. Die MRP und die SFIO schmeißen die KPF aus der Regierung raus. Die SFIO wird die große Partei der pro-amerikanischen Bourgeoisie. Ihr Innenminister, Jules Moch, gibt der Armee Schießbefehle gegen streikende Arbeiter; die SFIO führt den Krieg in Indochina, und ist später verantwortlich für die Repression im Algerien-Krieg: „Die einzige Verhandlung ist der Krieg" (Mitterrand wörtlich!)

Der einzige Akt der „Unabhängigkeit" gegenüber den USA ist die Suez-Expedition, wo der französische Imperialismus mit seinen englischen und zionistischen Kollegen noch mal auf eigene Rechnung was versucht! Ganz logischerweise findet man die SFIO wieder in der Avantgarde des Kampfes für den Aufbau der EG, „letzter Schutzwall gegen die rote Gefahr", ob sie nun vom „Osten" oder vom Inneren kommt...

Und heute?

20 Jahre lang war die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung, bis 1972 vegetierte sie dahin und nahm seitdem einen spektakulären Aufschwung.

Natürlich sind die Interessen, die heute die PS repräsentiert, nach wie vor die Interessen des Kapitalismus. Heute handelt es sich allerdings dabei insbesondere um die Interessen der modernen Kleinbourgeoisie, der Ingenieure und mittleren und höheren Angestellten.

Und vor allem setzt die PS auf das Bündnis mit der KPF, um in die Regierung zu kommen, weil sie die einzig mögliche Garantie bildet für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens während der heutigen Krise.

Von diesem Bündnis mit der KPF verspricht sich die PS-Führung das Stillhalten der Arbeiterklasse wie schon 1945. Darüberhinaus will die PS die französische Großbourgeoisie auch überzeugen, daß dieses Bündnis die einzige Möglichkeit für die Festigung des französischen Kapitalismus ist, und für die Beibehaltung des Ansehens des französischen Imperialismus international auch notwendig ist.

Die PS-Politik ist also in sich widersprüchlich: sie hat die Aufgabe der Realisierung der imperialistischen Projekte, aber gestützt auf eine Massenbasis, der sie eine Interessenverteidigung vorlügen muß.

Die Projekte des französischen Imperialismus selbst sind widersprüchlich: einerseits unterwirft er sich dem US- und BRD-Imperialismus, andererseits möchte er auch eine gute Stellung beibehalten und nicht zu sehr in die Abhängigkeit von der BRD und den USA geraten.

Giscard selber steckt mitten in diesem Widerspruch: er möchte Frankreich zum treuen Adjutanten der BRD machen, aber gleichzeitig muß er dafür die „Unabhängigkeit" des französischen Imperialismus demonstrieren (daher seine Rolle im Libanon und Zaire). Mitterrand will das Gleiche, und noch mehr: nämlich die KPF mit reinziehen. Und falls die KPF Rückzieher machen sollte, oder die Unzufriedenheit der Massen nicht mehr besänftigen kann, hat Mitterand immer noch Zeit, seine Bündnisse von heute wieder fallen zu lassen, wie Soares es in Portugal 1975 machte. Daher die zwei Seiten der Außenpolitik derPS:

- „Unabhängigkeit"
- Unterordnung unter den BRD-Imperialismus.

Unter die Politik der „Unabhängigkeit" fällt:

+ Versuch der Zusammenfassung aller sozialdemokratischen Parteien, die mit revisionistischen Parteien Bündnisse schließen;
+ die Politik der PS im arabischen- und Mittelmeerraum;
+ der Wille nach Abgrenzung von der westdeutschen Sozialdemokratie in der Frage der „Freiheiten";
+ der Wille nach Aufrechterhaltung einer eigenen Atomstreitmacht und einer machtvollen Kriegsmarine.

Die Politik der „Unterordnung umfaßt (gemeinsam mit der SPD) die Unterstützung von Mario Soares (während die KPF Cunhal unterstützt) und den Kampf für die Direktwahl des Europaparlaments.

Kompromiß mit Giscard und „geographischer Kompromiß"

Letztendlich hätte das Europaparlament (in der zu erwartenden Besetzung durch die multinationale Reaktion!) im Falle eines Wahlsieges des Linksbündnisses in Frankreich die gleiche politische Konsequenz, wie die Präsidentschaft von Giscard: das „linke Experiment" in Frankreich in sehr engen Grenzen zu halten und permanent den Erpressungen der inneren und äußeren Reaktion auszuliefern. Die PS-Führung und die PS-Mehrheit, die davon träumen, mit dem „neo-liberalen" Giscard einen Kompromiß zu schließen, reden schon heute von dem notwendigen „geographischen Kompromiß" mit der BRD, bei der Frankreich viele Schulden hat.

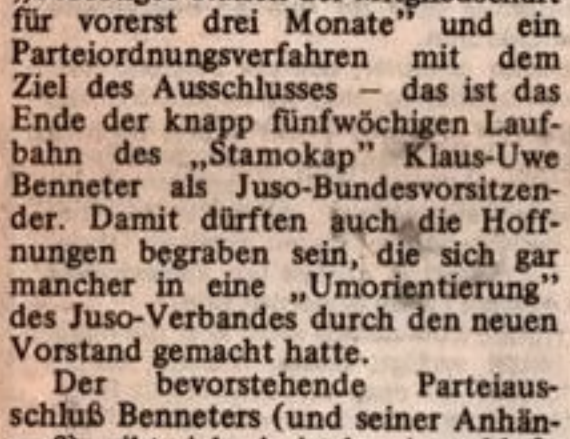
Wir als Kommunisten machen uns überhaupt keine Illusionen über den „Willen" von PS- und PCF-Führung, „den Sozialismus aufzubauen". Dennoch sind wir der Meinung, daß es 1978 bei den Präsidentschaftswahlen ungeheuer wichtig sein wird, die rechten Parteien zu schlagen.

Das würde eine politische Krise eröffnen, die günstige Voraussetzungen für die Massen mit sich brächte. Gegenüber dieser Gefahr einer politischen Krise ist die französische Bourgeoisie geteilter Meinung: ein Teil setzt auf die unmmittelbare Konterrevolution, das ist die Chirac-„Fraktion". Ein anderer Teil setzt auf die „sanfte Stabilisierung", auf ein Bündnis Giscard-Mitterrand. Für diese Politik ist es von größter Bedeutung, Frankreich im europäischen politischen Rahmen – der vom BRD-Imperialismus beherrscht wird – zu halten.

Von daher ist für uns der Kampf gegen das deutsch-amerikanische Europa und ein entsprechendes Parlament Bestandteil des Kampfes gegen die französische Rechte, gegen den drohenden Verrat von Mitterrand und gegen die Kapitulationspolitik der revisionistischen KPF.

Es geht um die Möglichkeit, in Frankreich eine revolutionäre Krise zu schaffen, die zugunsten der Werktätigen in ganz Westeuropa wäre, einschließlich der westdeutschen Arbeiter.

Jusos — was nun?



„Sofortiges Ruhen der Mitgliedschaft für vorerst drei Monate" und ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses – das ist das Ende der knapp fünfwöchigen Laufbahn des „Stamokap" Klaus-Uwe Benneter als Juso-Bundesvorsitzender. Damit dürften auch die Hoffnungen begraben sein, die sich gar mancher in eine „Umorientierung" des Juso-Verbandes durch den neuen Vorstand gemacht hatte.

Der bevorstehende Parteiausschluß Benneters (und seiner Anhänger?) reiht sich ein in den Ausschluß- und Disziplinierungs-Terror, den die SPD-Führer in immer schärferem Maße gegen die SPD-Linke praktizieren. Seit der Integration breiterer Teile der Außerparlamentarischen Opposition (ApO) in die SPD Anfang der 70er Jahre, sind mehrere Hundert Parteiordnungsverfahren gegen linke Kritiker durchgezogen worden. Mit der Absetzung und dem Rausschmiß eines Juso-Bundesvorsitzenden hat die Säuberungskampagne allerdings einen (vorläufigen) Höhepunkt erreicht.

Die Disziplinierung Benneters wird mit seiner Weigerung begründet, sich von bestimmten angeblich „unsozialdemokratischen" Äußerungen gegenüber der Zeitschrift „konkret" zu distanzieren.

Distanzieren sollte sich Benneter von seiner Aussage, die Mitgliedschaft in der SPD dürfe „nicht zum Dogma" werden, was die SPD-Führer zum Beweis dafür nahmen, *„daß Benneter und andere Jusos die Mitgliedschaft in der SPD als rein taktisches Manöver betrachten, um die Partei auf einen radikalen Linkskurs zu bringen"* („Hamburger Abendblatt", 27.4.77).

Weiter sollte Benneter sich von einer Qualifizierung der CDU/CSU als „Klassenfeinde" und demgegenüber der Kommunisten als „politische Gegner" distanzieren – oder aber zurücktreten!

Da er die Situation offenbar immer noch nicht richtig einzuschätzen weiß, verabschiedete der Juso-Bundesvorstand einstimmig eine Erklärung, in der betont wird, daß *„für die Jungsozialisten die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der SPD auch weiterhin eine klare Sache sind"* („Frankfurter Rundschau", 27.4.77) ...

Benneter – radikaler Sozialist oder grenzenloser Opportunist?

Die Wahl des „Stamokap" Benneter wurde in der bürgerlichen Presse einheitlich als „Linksruck" bei den Jusos interpretiert. Die reaktionäre Springer-Presse bescheinigte ihm glatt, daß er *„unzweideutig die Umwandlung der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik ansteuert"* („HA", 21.3.77). Aber auch einige Linke hegten die stille Hoffnung, Benneter und die anderen neuen Vorstandsmitglieder würden weniger zum Nachgeben und zur Anpassung gegenüber der SPD-Führung bereit sein, als deren Vorgänger, die inzwischen allesamt auf gutdotierten Posten sitzen und heute selbst zu den Mahnern von einem „Linkskurs, der ins sektiererische Abseits führt" etc., gehören. Von Teilen der italienischen Linken wurde gar die Hoffnung laut, der neue Juso-Vorstand könne zu einer neuen Führung werden, die die Kämpfe an der Basis entwickelt und anleitet.



K. U. Benneter

Doch der Schein trügt. „Stamokap" Benneter hat nicht mehr Rückgrat als die anderen Juso-Vorsitzenden vor ihm. Gleich beim ersten Konflikt, kurz nach seiner Wahl, hat er sein „Einlenken" bekundet. Bundesgeschäftsführer Bahr hatte erpresserisch und ultimativ eine Distanzierung von einer Teilnahme an einem „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", in dem auch die DKP mitarbeitet, gefordert. Dazu Benneter: *„Ich sehe die Schwierigkeiten des Bundesgeschäftsführers und habe dafür auch Verständnis"* („Morgenpost", 26.3.77).

Demagogisch erklärte er, *„wir suchen keinen Krach um des Krachs willen, auch nicht um irgendeines Bündnisses willen"* („Frankfurter Rundschau", 26.3.77).

Dabei sind es doch allemal die SPD-Führer, von denen der „Krach" ausgeht, die die Jusos knebeln, ihre Beschlüsse erpresserisch ins Gegenteil verkehren usw. Und ausgerechnet Benneter behauptete von sich und seiner „Stamokap"-Fraktion, *„den Unterschied zwischen Verbalradikalismen und politischer Praxis in der Juso-Arbeit"* abschaffen zu wollen („Extra-Dienst", 25.3.77). Dabei ist Benneter, der immer wieder in der bürgerlichen Presse als DKP-U-Boot in der SPD auftaucht, nach eigener Aussage *„überzeugter Sozialdemokrat"* („Spiegel", 28.3.77). Er strebe eine – so sagt er – *„solidarische Zusammenarbeit"* („Süddeutsche Zeitung", 23.3.77) mit der SPD an, und *„die DKP ist und bleibt unser Gegner"* („Mopo", 28.3.77). Die von ihm und seinen „Stamokaps" angestrebte „punktuelle Zusammenarbeit mit Kommunisten" sei ausschließlich taktisch zu verstehen: *„Die Frage ist, ob man dieses Feld* (Abrüstung, Anm. AK) *den Kommunisten überläßt... Für uns kommen gemeinsame Aktionen nur* (!) *dort in Frage, ... wo wir auch mit einer Stärkung unserer Organisation rechnen können"* (Benneter in einem „Spiegel"-Interview, 28.3.77)!

Das heißt, Aktionseinheiten werden von den Juso-Strategen nicht um der S a c h e willen (Stärkung einer Kampffront etc.) angestrebt, sondern „nur" um den eigenen Laden herauszuputzen und zu stärken!

Der Unterschied zwischen Benneter und der SPD-Führung liegt lediglich darin, daß er meint, in den Bereichen, wo die DKP noch eine gewisse Position besitzt (Abrüstungsfrage, Berufsverbote), könne über eine Zusammenarbeit die DKP geschwächt und die SPD gestärkt werden, während die SPD-Führer, diese Zusammenarbeit generell und auf allen Ebenen ablehnen. Das ist alles.

Eine ähnliche „Auseinandersetzung" hat es bereits in der „Sozialistischen Internationale" zwischen den „Eurosozialisten" um Mitterand und den SPD-Führern gegeben. Während Mitterand weiterhin in der französischen „Linksunion" mit der KPF zusammenarbeiten will, um die Sozialisten, wie bisher erfolgreich praktiziert, auf Kosten der KPF zu stärken, stehen die SPD-Führer für eine noch schärfere Abgrenzung ein.

Opportunisten vom Schlage Benneters, die beim ersten Anpusten umfallen, dienen den SPD-Führern dazu, den wachsenden Unmut unter den Jungsozialisten z.B. über die „Einvernehmensrichtlinien" zu kanalisieren und auch die oppositionellen Jusos zur vollständigen Anpassung an die SPD-Politik zu zwingen.

Dazu inszenieren die SPD-Führer großangelegte Konflikte, um die Jusos insgesamt zur Aufgabe bisher als selbstverständlich geltender Positionen (z.B. „punktuelle Zusammenarbeit mit Kommunisten") zu bringen. Offensichtlich war es für die SPD-Führer nur eine Frage der Zeit, wann sie Benneter zu Fall bringen würden. So gesehen war der erste „große Konflikt" ein Test, um zu sehen, wie der Juso-Verband auf die große Keule (Ultimatum!) reagieren würde.

Und da die Solidarisierung mit Benneter gering ausfiel, wurde er bei der nächsten Gelegenheit abgeschossen. Dabei waren die aus dem Zusammenhang gerissenen Äußerungen gegenüber der „Konkret" nur ein Vorwand, denn auch hier hatte er nicht anders als seine Vorgänger eine „Zusammenarbeit mit Kommunisten" davon abhängig gemacht, daß sie *„unseren eigenen Verband stärkt"* („Konkret", Mai 1977).

Jusos – die SPD der Zukunft?

Traurige Berühmtheit haben die Sprüche erlangt, die alle Juso-Führer völlig ungeachtet des innerparteilichen Terrors über die „Möglichkeiten sozialistischer Politik in der SPD" klopfen. So machte Benneter glauben, die repressiven „Einvernehmensrichtlinien" (die die totale Anbindung der Jusos an den SPD-Parteivorstand bedeuten) beseitigen (!) zu können (in einem Interview mit dem „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst", 28.2.77).

Trotz Maulkorb, Zensur und Parteiordnungsverfahren kündigte er großmäulig an: *„Zu unserem Willen, konsequent sozialistische Politik zu betreiben (!), gehört auch, daß wir die SPD insgesamt zu einer konsequent sozialistischen Partei machen wollen (!!)"* („Konkret", Mai 1977).

Zwei Tage später wurde ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn eingeleitet. In der SPD ist nicht einmal Platz für einen opportunistischen „Stamokap"-Strategen – geschweige denn für einen ehrlichen (jungen) Sozialisten!

SPD-Kommission

Berufsverbote

Politische Verhöre
Gesinnungsterror
Willkür

Die niederländischen Sozialdemokraten und das Problem mit den Berufsverboten

Seit vor rund zwei Jahren die Kritik an den Berufsverboten internationales Ausmaß angenommen und auch in der niederländischen Öffentlichkeit und Presse ihren Niederschlag gefunden hatte, ist der größte Teil der Führung der niederländischen Sozialdemokratie (PvdA) arg bemüht, die aufkommende Unruhe der Parteibasis zu beschwichtigen. Das Strickmuster, nach dem dieses Manöver immer wieder neu gestartet wird, ist in den Grundzügen stets das gleiche: Proteste an der Basis, Besprechungen zwischen SPD und PvdA, die SPD bestreitet die Existenz der Berufsverbote oder beruhigt, es würde bald alles besser, die PvdA-Führung äußert sich zufriedengestellt, was der PvdA-Basis aber nicht gefällt – Proteste an der Basis, Besprechungen zwischen ... usw. siehe oben!

Es gibt „nur acht Berufsverbote"

Bei dem Besuch einer SPD-Delegation in Amsterdam unter Führung Willy Brandts im Februar 1976 sah die PvdA-Führung sich zu einer Anfrage wegen der Berufsverbote gezwungen. Brandt versicherte, daß es *„nur acht Berufsverbote"* gäbe („Vrij Nederland", 26.2.77). Die PvdA-Führung gab sich zufriedengestellt und verbreitete sich darüber, daß von der SPD eine Zahl von Berufsverboten genannt worden sei, die stark von dem abwiche, was man in den Niederlanden sagt.

Viele Abteilungen und Bezirke der PvdA waren jedoch der Auffassung, ihre Partei habe sich von der SPD irreführen lassen und meldeten Protest an. Ien van den Heuvel, die Vorsitzende der PvdA, versuchte den Protest mit längeren Ausführungen darüber zu ersticken, daß die SPD ja längst die Gefahren ausufernder Berufsverbote eingesehen und in den Bundesländern, wo sie regiert, entsprechende einschränkende gesetzliche Regelungen getroffen habe. Aber die CDU/CSU ...! („Roos in de Vuist" Nr. 10/76, Parteiblatt der PvdA). Ien van den Heuvels Trick zog jedoch nicht; die PvdA-Jugendorganisation FJG konnte eine Kritik an van den Heuvels Artikel im Parteiblatt plazieren und bildete zusammen mit den PvdA-Studenten das „PvdA Initiatief Komitee tegen de Berufsverbote", mit den Zielen: Information der PvdA-Mitglieder, Anregung der Diskussion über Hintergründe der Berufsverbote und das Durchsetzen einer deutlichen Stellungnahme der PvdA. – *„Freundschaftliche Bande mit Schwesterorganisationen"*, schreibt das Initiativkomitee, *„müssen in unseren Augen noch nicht bedeuten, daß die Rolle der SPD bei allen undemokratischen Maßregeln mit wenig fundierten Argumenten gutgeheißen wird"* („Politieke diskriminatie in West-Duitsland").

zaterdag
19 februari 2 uur
manifestatie
tegen de
BERUFSVERBOTE

SPREKERS : IEN VAN DEN HEUVEL — VOORZITTER PvdA
HAN WIELEK — SENATOR PvdA
PETER WEISS — BERUFSVERBOT SLACHTOFFER
EEN SPREKER NAMENS HET SPD BESTUUR
HEIDIMARIE WIECZOREK - ZEUL — VOORZITTER JUSOS
FELIX ROTTENBERG — VOORZITTER FJG JONGEREN IN DE PvdA

VOORZITTER : MAX VAN DEN BERG
JAAP VAN DER MERWE ZINGT STRIJDLIEDEREN

ORGANISATIE : PvdA

utrecht RASA utrecht

- rasa - pauwstr 13 dichtbij CS

In dieser Anzeige aus „Vrij Nederland" (vordatiert auf 19.2. – Verkauf ab 16.2.) waren Wieczorek-Zeul und ein Sprecher der SPD-Führung noch als Teilnehmer aufgeführt!

In dieser Anzeige aus „Vrij Nederland" (vordatiert auf 19.2. – Verkauf ab 16.2.) waren Wieczorek-Zeul und ein Sprecher der SPD-Führung noch als Teilnehmer aufgeführt!



Von links nach rechts: Piet Stoffelen, Lolle Nauta, Peter Weiss, Max van der Berg, Han Wielek
PvdA-Veranstaltung zu den Berufsverboten in Utrecht (19.2.).

„So viele Berufsverbote gibt's überhaupt nicht!"

Im Sommer 76, als die internationalen Proteste gegen die Berufsverbote einen gewissen Höhepunkt er-

gibt's überhaupt nicht!"
Im Sommer 76, als die internationalen Proteste gegen die Berufsverbote einen gewissen Höhepunkt er-

reicht hatten, trafen sich in Amsterdam die Sozialdemokratischen Parteien der EG. Die Berufsverbote standen oben auf der Tagesordnung. Die SPD hatte angekündigt, *„bei dieser Gelegenheit eine Dokumentation zu verteilen, um die Schwesterparteien mit zuverlässigen Informationen zu versehen und die vorhandene Besorgnis sachlich zu widerlegen"* (Zit. nach „VN", 19.6.76).

Was die SPD unter „zuverlässigen Informationen" versteht, führte Wilhelm Dröscher überzeugend vor. Vor dem Versammlungsort hatten sich neun westdeutsche Opfer des Berufsverbots aufgestellt. Als Dröscher davon erfuhr, fragte er: *„Wieviel Menschen sagen da draußen, daß sie durch ein Berufsverbot betroffen sind?" – „Neun", wurde ihm geantwortet. Darauf Dröscher: „Unmöglich. Soviele Berufsverbote gibt's überhaupt nicht"* („VN", 19.6.76).

Zum Abschluß dieses denkwürdigen Sozialdemokraten-Treffens wurde ein gemeinsames Kommunique verabschiedet (auch von der PvdA unterstützt), in dem der SPD bescheinigt wurde, daß sie die *„beste Garantie für die Freiheit in Deutschland"* sei (ebd.).

Da Ien van den Heuvel diese „beste Garantie" selbst dem Parteirat nicht ungeschmälert zumuten konnte, äußerte sie dort wenige Tage später, daß die SPD *„in der Tat mitschuldig (ist) an den Berufsverboten, insofern sie die Gefahren des Radikalenerlasses unzureichend erkannt hat"* (ebd.) und stimmte ansonsten für einen Antrag, in dem die Parteiführung beauftragt wurde, der SPD und der Bundesregierung mitzuteilen, daß die PvdA sehr besorgt wegen der Berufsverbote sei.

„... das Symbol eines immer deutlicher nach rechts rückenden Landes"

Diesen Betrugsmanövern einer Mehrheit der PvdA-Spitze stehen klare politische Aussagen gegenüber, wie sie etwa von Han Wielek (PvdA-Abgeordneter in der 1. Kammer) geäußert werden. Anläßlich eines drohenden Berufsverbotes für Christian Sigrist schrieb Han Wielek schon im März 1976: *„Die Märchenerzähler aus Bonn nennen Zahlen, die nicht stimmen, und erzählen, daß die SPD wenig dagegen tun kann ..., während doch Berufsverbot und Radikalenerlaß aus ihrem Köcher gekommen sind und – das muß gesagt werden – mit Freude vor allem von der CDU/CSU angewendet werden. ...*

Unsere sozialdemokratischen Parteigenossen Made in Germany arbeiten fleißig an der Realisierung der gegen das Grundgesetz gerichteten Ausnahmegesetze mit, und/oder sie winden sich, um die Sache gutzuheißen oder zurückzuschrauben – was anscheinend nicht mehr möglich ist.

Das Wochenblatt ‚Der Spiegel' vom 1. März 1976 hat der wachsenden Rechtsunsicherheit einen Artikel mit dem Titel ‚Späte Reue' gewidmet. Gemeint sind die armen Sozialdemokraten, die nun zu ihrem eigenen Erstaunen entdecken, daß Notstandsgesetze, Radikalenerlaß und Berufsverbote als Bumerang wirken. Unter dem Vorwand, die Demokratie zu schützen, wird die antidemokratische Entwicklung in Westdeutschland gefördert... ". Zu Possers „Schreckensruf " im „Vorwärts " vom 15.1.76 - *„Das haben wir nicht gewollt"* - bemerkt Han Wielek: *„Diese Art ‚Entschuldigungen' oder besser gesagt Schreckreaktionen kennen wir. Nach dem Krieg hörten wir sie sagen: ‚Das haben wir nicht getan! Das haben wir nicht gewußt!'*

Notstandsgesetze, Radikalenerlaß, Berufsverbot können nicht isoliert voneinander gesehen werden. Sie sind Ursache und Folge anderer Ereignisse und Entwicklungen. Sie sind das Symbol eines immer deutlicher nach rechts rückenden Landes. ..." („De Nieuwe Linie", 31.3.76).

Symbol eines immer deutlicher nach rechts rückenden Landes. ..." („De Nieuwe Linie", 31.3.76).

Wieweit darf „solidarische Kritik" gehen?

Ungeachtet der scharfen Kritik Han Wieleks, der offensichtlichen Verlogenheit der SPD-Führung und der Rückendeckung durch die PvdA-Spitze, gelang es weiter, den Protest auf kleiner Flamme zu halten. Bei der Vorbereitung einer größeren Veranstaltung zum fünfjährigen Bestehen des „Radikalenerlasses" kam es im Initiativkomitee – endlich – zum Knall. Anlaß war die Weigerung der Endredakteure des Parteiblattes, einen Artikel des PvdA-Senators Han Wielek, in dem er scharf mit der SPD ins Gericht geht, abzudrucken. Hieran entwickelte sich die Auseinandersetzung, wieweit man bei der „solidarischen Kritik" an der SPD gehen dürfe. Der internationale Sekretär der PvdA, Harry von den Bergh, verlangte, daß auf der Veranstaltung betont wird, wie eng die Bande zwischen PvdA und SPD seien, und daß der Druck, den die SPD auf linke Parteimitglieder ausübt, nicht Gegenstand der Kritik sein dürfe. Diese Auffassung stieß im Komitee auf Widerspruch. *„Untersucht man allein die Berufsverbote oder stellt man sie in einen breiteren Zusammenhang, dann kann man nicht umhin, die Neo-Nazis, die Bundeswehr, die Stellung der Bundesrepublik in Hinblick auf Ost- und Westeuropa zu betrachten, und wieweit die SPD dafür mitverantwortlich ist. Ich habe den Eindruck, daß die Parteileitung das lieber nicht will. Dort besteht die Furcht, wenn wir uns mit der SPD befassen, uns die SPD die Leviten lesen wird. Aber ich finde das ein verwerfliches Argument. Wir sind nun einmal Schwesterparteien, dann muß man das auch ansprechen dürfen"* („VN", 26.2.77).

Einige führende PvdA-Mitglieder der Initiative schlossen sich dieser Auffassung an. Lolle Nauta, Mitglied früherer Russell-Tribunale, äußerte, daß er der Politik der PvdA-Vorsitzenden, des internationalen Sekretärs und der Parteiführung in der Frage der Berufsverbote *„mißtraut"* (ebd.) Sicco Mansholt, der frühere EG-Kommissar, erklärte, daß seiner Meinung nach der internationale Sekretär der PvdA *„bewußt gegenarbeitet"* (ebd.)

Die SPD kneift

Daß die Frage nach der „solidarischen Kritik" bei der Berufsverbote-Veranstaltung der PvdA am 19.2. in Utrecht dann doch breiter zur Sprache kam, dafür sorgte auch die SPD selbst.

Die PvdA hatte zu der Veranstaltung den Nürnberger Lehrer Peter Weiss eingeladen, der zuerst ein Berufsverbot (u.a. wegen seiner ehemaligen SHB-Mitgliedschaft) bekam und einige Zeit später aus der SPD ausgeschlossen wurde, weil er einen Aufruf gegen den „Rüstungswettlauf" unterschrieben hatte, an dem auch die DKP mitgearbeitet hatte.

Weiter waren eingeladen und hatten auch schon zugesagt die damalige Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul und ein, nur noch nicht namentlich genanntes, Mitglied der SPD-Führung (siehe Faksimile des Veranstaltungsaufrufs). Kurz vor der Veranstaltung zogen Juso-Vorsitzende und SPD-Führung ihre Zusage wieder zurück, da sie sich mit Peter Weiss nicht an einen Tisch setzen würden. (Sie hätten ruhig können: Weiss verzichtete in seinem Beitrag nicht nur auf eine grundsätzlichere Kritik an der SPD, sondern schloß seinen Beitrag auch noch mit den Worten: *„Meine Parteimitgliedschaft können sie mir abnehmen, meine sozialdemokratische Überzeugung niemals"*).

Angesichts der Absage der SPD jammerte der internationale PvdA-Sekretär van den Bergh: *„Sie wissen in Bonn, daß ich hier schon Last genug habe. Wenn sie nun auf unsere Aufforderung nicht eingehen, ist das*

Sekretär van den Bergh: *„Sie wissen in Bonn, daß ich hier schon Last genug habe. Wenn sie nun auf unsere Aufforderung nicht eingehen, ist das*

auch ein Schlag in mein Gesicht" (ein wohlverdienter...!). Und PvdA-Vorsitzende van den Heuvel mußte, nachdem sie zum x-ten Male versucht hatte, die Story von Brandts „Beunruhigung" zu verkaufen, sagen, daß es *„sehr enttäuschend (ist), daß die SPD nicht nach Utrecht gekommen ist."* Sicco Mansholt fand die Entwicklung in der BRD *„höchst besorgniserregend"*, vertraute aber ansonsten darauf, *„daß die Sache jetzt ernsthaft behandelt wird. Das wird man aus den Taten sehen."* – Genau! An den Taten! (alle Zitate „VN", 26.2.77).

Die Mehrheit der PvdA-Spitze ist kein Partner im Kampf gegen Berufsverbote und Repression in unserem Land. Die Mehrheit der PvdA-Spitze setzt vielmehr alles daran, das Aufkommen eines konsequenten Protestes gegen die Berufsverbote durch Beschwichtigung, wortradikales Geklapper und Betrug zu verhindern.

Andererseits darf bei der PvdA nicht übersehen werden, daß innerhalb ihrer eigenen Reihen noch ein Spielraum für die Entwicklung einer linken Opposition bleibt. Die von der PvdA-Führung geduldete und offiziell von PvdAlern verantwortete Herausgabe der „Inter – Marxistisches Blatt in der Arbeiterbewegung" (das Forum der „Marxisten" in der PvdA) zeigt das; auch der Umstand, daß die Jugendorganisation ihre gegensätzlichen Auffassungen zu Artikeln der Parteivorsitzenden im Parteiblatt veröffentlichen kann, sticht wohltuend von „unserer" SPD ab.

Indes zeichnet sich neuerdings ab, daß der PvdA-Spitze das „Zuckerbrot" langsam ausgeht, und sie zur „Peitsche" greifen will. Insofern die Mehrheit der PvdA-Spitze dadurch zeigt, wie ernst sie es wirklich mit ihrem „Kampf gegen die Berufsverbote" meint, kann das nur gut sein!

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschafts-Ausschlüsse — Peitsche der DGB-Domteure

Heute gehört es zum westdeutschen Alltag, daß linke Arbeiter und Angestellte aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden, was zumeist eine politisch motivierte Kündigung nach sich zieht. Ausgeschlossen werden heute nicht nur wirkliche und vermeindliche Mitglieder linker und kommunistischer Organisationen, sondern jedes beliebige Mitglied, das sich nach Ansicht der Gewerkschaftsfunktionäre „unbotmäßig" verhält. „Unbotmäßig" ist es z. B. schon, Lohnabschlüsse zu kritisieren, zu hohe („unrealistische") Forderungen vorzuschlagen usw.

Die jetzt durch die westdeutschen Betriebe spülende Welle antikommunistischer Hetze und massiver Ausschluß-Praktiken nahm Mitte 1973 ihren Anfang. Damals verabschiedeten die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften ihre sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wonach es für Gewerkschaftsmitglieder verboten ist, gleichzeitig Mitglied in einer kommunistischen Organisation zu sein, die von den Gewerkschaftsführern allesamt und pauschal als „gewerkschaftsfeindlich" diffamiert wurden. „Verdächtige" Gewerkschaftsmitglieder, die nicht bereit waren, sich pauschal und öffentlich von kommunistischen Organisationen zu distanzieren, wurden – ohne Verfahren – ausgeschlossen. Inzwischen haben die Gewerkschaftsführer ihre Ausschlußbegründungen auf alle möglichen „verbotenen" Tätigkeiten und Ansichten ausgeweitet. Die massiven Gewerkschaftsausschlüsse haben damit ihren eigentlichen Charakter als Instrumente zur Disziplinierung der Arbeiter bewiesen. Sie sind wesentliches Glied einer Kette von DGB-eigenen Instrumenten, die die westdeutsche Arbeiterbewegung unter das Diktat des Großkapitals zwingen soll.

Man kann heute nur erahnen, welches zahlenmäßige Ausmaß diese Gewerkschaftsausschlüsse seit 1969 bisher erreicht haben – es gibt naturgemäß keine „zentrale Registratur-Stelle" für dieses extrem arbeiterfeindliche Produkt offizieller westdeutscher Gewerkschaftspolitik. Wir selbst konnten mit unseren vergleichsweise geringen Möglichkeiten bisher etwa 4.000 (viertausend) Gewerkschaftsausschlüsse gegen linke Aktivisten (meist Betriebsräte, Vertrauensleute etc.) registrieren, davon etwa 1.200 Ausschlüsse im Bereich der Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), etwa 1.000 im Bereich der IG Metall, etwa 600 im Bereich der IG Chemie, jeweils etwa 3 - 400 im Bereich der IG DruPa (Druck und Papier) und HBV (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen) und mehrere Hundert im Bereich der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft). Zur Vervollständigung der GEW-Abschußliste muß noch der Pauschal-Ausschluß des Westberliner Landesverbandes der GEW mit etwa 13.000 Mitgliedern gerechnet werden.

Wie schon erwähnt, bedeutet für viele Linke der Gewerkschaftsausschluß den ersten Schritt auch zur persönlichen und materiellen Ruinierung: Hand in Hand mit dem Ausschluß geht die Kündigung (im Bereich der GEW und ÖTV oft das Berufsverbot), die Eintragung in „schwarze Listen", die eine Neueinstellung der betroffenen Kollegen in anderen Betrieben verhindern soll, die polizeiliche und geheimdienstliche Bespitzelung etc. Hieran wird deutlich, daß die Gewerkschaftsausschlüsse nicht nur auf die Liquidierung linker und demokratischer Arbeiter zielen, sondern – und dies dürfte zweifellos schwerer wiegen – die nachdrückliche Einschüchterung der westdeutschen Arbeiterbewegung überhaupt bezwecken soll.

Zweifellos ist diese Politik der Gewerkschaftsausschlüsse, politischen Kündigungen etc. mit nachfolgender Einschüchterung der Arbeiterbewegung überhaupt schon viel weiter gediehen, als die vergleichbare Politik der Berufsverbote für den Bereich der Lehrer, Juristen, Ärzte etc., auch wenn letztere viel stärker im Rampenlicht der – auch internationalen – Öffentlichkeit steht. Dies hat auf der einen Seite klassenmäßige Bedingungen, zum anderen hängt dies mit der Haltung und Politik linker Sozialdemokraten und vor allem der Revisionisten zusammen: Die westdeutsche DKP ist – nicht zuletzt wegen ihrer legalistischen und „bekennerischen" Politik – Hauptbetroffene der Berufsverbote, während sie im Bereich der Gewerkschaftsausschlüsse bis heute noch im wesentlichen verschont geblieben ist. Die europäischen „Bruderparteien" der DKP sind darum auch zuerst bemüht, die Berufsverbote zu kritisieren und zu ächten. Umgekehrt vertritt die DKP in Betrieben und Gewerkschaften fast widerspruchslos die Politik der Gewerkschaftsführer und damit auch deren demagogische Begründung, daß die Ausschlüsse hier bloß „Gewerkschafts-Feinde" treffen, nämlich in der Regel solche Kräfte, die links von der DKP stehen, zumindest aber nicht deren opportunistische Anpassungspolitik an die DGB-Führung mittragen.

Kommunisten-Hatz hat Tradition

Bereits in den 50iger Jahren wurden innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften die ersten größeren Kommunistenjagden durchgeführt, die am Ende der Decade – nach erfolgtem Verbot der Kommunistischen Partei 1956 – noch weiter eskaliert wurden: viele Tausend kommunistischer und sozialistischer Gewerkschaftskader fielen dieser Treibjagd zum Opfer, sie wurden ohne Federlesens aus den DGB-Gewerkschaften geworfen und meist zugleich oder kurz danach aus dem Betrieb gefeuert. Die große Mehrheit der linken Gewerkschaftsaktivisten bekam nie wieder einen Arbeitsplatz in westdeutschen Industrie- oder Handelsbetrieben; sie fristeten den Rest ihres Berufslebens als Friedhofswärter, Kirchenpförtner etc. Grundlage dieser ersten großen Treibjagd auf die Gewerkschaftslinke war die enorme Anheizung eines antikommunistischen Klimas über sämtliche Massenmedien, die nicht nur von der damaligen reaktionären Adenauer-Administration (CDU), sondern ebenso von der Sozialdemokratischen Partei (SPD) zum festen Bestandteil „öffentlicher Meinung" in der BRD gemacht wurde und die in eine regelrechte Kriegshetze gegen die DDR mündete.

Einher mit der Liquidierung der Gewerkschaftslinken ging schon in den 50iger Jahren ein enormer Abbau demokratischer Rechte innerhalb der Gewerkschaften, die Statuten wurden mehrmals umformuliert, die Gewerkschaftspresse degenerierte zu Hütern des BRD-Staatsapparats, die Gewerkschaftsführer – zumeist hohe SPD-Funktionäre – plünderten die Streikkassen und traten scharenweise – als Geschäftsführer, Aufsichtsräte etc. – in die Dienste des großen Kapitals und verdienen sich dort seitdem goldene Nasen.

Verfolgung der „Neuen Linken"

Im Zusammenhang mit der großen Jugendrevolte Ende der sechziger Jahre, der Herausbildung einer starken linken Massenbewegung unter den Studenten, Schülern, Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten entstanden auch innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften wieder linke und demokratische Gruppen, die sich dem pro-kapitalistischen Diktat der Gewerkschaftsführer nicht beugen wollten, die zumindest minimale Mitspracherechte der Arbeiter innerhalb der DGB-Gewerkschaften forderten, die sich für kämpferische Lohnrunden etc. einsetzten.

Spätestens nach den großen „wilden Streiks" in der Metall- und Stahlindustrie 1969 und den starken Arbeiterkämpfen 1970 und 1971 in der Metall- und Chemie-Industrie strafften die Gewerkschaftsführer erneut die innergewerkschaftlichen Zügel, beseitigten – vor allem in den großen Gewerkschaften Metall, Chemie, Bergbau – den minimalen, noch bestehenden Rest innergewerkschaftlicher Demokratie und Mitsprache-Möglichkeiten für die Arbeiter, verankerten in den Statuten den Schwur auf den BRD-Staat und bildeten zusammen mit Regierung und Kapitalistenverbänden die sogenannte „Konzertierte Aktion", die in der Folge dann die jährlichen Lohn„erhöhungen" (sogenannte Lohnleitlinien) festsetzte, was zur faktischen Liquidierung der Tarifautonomie der Gewerkschaften führte. Danach gingen die Gewerkschaftsführer erneut daran, im großen Stil die neu entstandene betriebliche und gewerkschaftliche Linke zu liquidieren.

Nach einer etwa zweijährigen massiven Hetzkampagne gegen die „Neue Linke" in der Gewerkschaftspresse und – mündlich verlängert durch die DGB-Funktionäre – auf betrieblichen und gewerkschaftlichen Versammlungen, wurde im Frühjahr 1973 der erste Unvereinbarkeitsbeschluß innerhalb des DGB durchgesetzt. Den Vorreiter spielte dabei die Druckergewerkschaft, in der damals die Linke ziemlich stark war. Am 9. März 1973 erließ der DruPa-Vorstand unter dem Riesenbeifall der bürgerlichen Presse folgendes Dekret: „*Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur ‚Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition' (RGO) oder Gruppen mit gleicher (?) beziehungsweise ähnlicher (??) Zielsetzung bekennen, deren Bestrebungen durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift, beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen § 4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § 11 (Ausschluß aus der Gewerkschaft) Ziffer 1 a beziehungsweise 1 c anzuwenden*" (zitiert nach ARBEITERKAMPF Nr. 29, S. 6, Juni 1973).

Der Vorstoß der DruPa diente damals zum einen dazu, erste exemplarische Ausschlußprozesse nach verschiedenen Verfahrensweisen durchzuziehen und zum anderen, die öffentliche Hetzkampagne in dieser Frage weiter anzuheizen. Im Herbst desselben Jahres hatte dann der Vorstand des Dachverbandes der Gewerkschaften (DGB) einen ähnlich lautenden Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, der für alle Einzelgewerkschaften bindend war und in den noch einige weitergehende Formulierungen aufgenommen wurden. Dieses DGB-Dekret wurde dann rasch von den Vorständen aller Einzelgewerkschaften bestätigt und auf die unterschiedlichen Satzungsbestimmungen zugeschnitten. Ausdrücklich verboten war nach diesen Beschlüssen nicht nur die Mitgliedschaft in einer Reihe genannter Organisationen (KB, KPD, KPD/ML, ABG, KAB), sondern auch jedwede Unterstützung derselben und „ähnlicher" Gruppierungen. In der Praxis ging das dann soweit, daß z. B. bei einer Chile-Solidaritätsveranstaltung (organisiert von einem örtlichen Komitee) gesichtete oder fotografierte Gewerkschaftsmitglieder deswegen einen Ausschluß kassierten, weil die DGB-Sekretäre behaupteten, daß im betreffenden Komitee auch Sympathisanten einer bestimmten kommunistischen Organisation mitarbeiten würden. Kundgebungen, Veranstaltungen und Demonstrationen linker Organisationen wurden regelmäßig von Gewerkschaftsführern „observiert" und dort erkannte Gewerkschaftsmitglieder für den Ausschluß notiert. Solche Mitglieder, die mit einer kommunistischen Zeitung in der Hand (oder Tasche) erwischt wurden, flogen ebenso wie solche, von denen dies bloß behauptet wurde (von „anonym bleiben wollenden Gewährsleuten", wie es von Seiten der DGB-Führer regelrecht hieß – dies waren zum Teil rechte Betriebsratsfürsten, mehrmals erwiesenermassen Informanten der BRD-Geheimdienste, zum Teil waren dies auch einfach aus der Luft gegriffene Erfindungen der Gewerkschaftsführer selbst, die so ihnen unliebsame Leute schaßten). Solidarisierungsversuche mit betroffenen Kollegen wurden zumeist auf demselben Wege „erledigt", d. h. die Solidarität-übenden Mitglieder wurden gleich mit ausgeschlossen. Nur in ganz wenigen Fällen gelang es einer breiten Solidaritätsfront, aktuelle Ausschlüsse zu verhindern (die betroffenen Kollegen erhielten dann in der Regel mehrjährige Funktionsverbote bzw. ihre Mitgliedschaft wurde in eine „passive" – Ruhen der Mitgliedsrechte – umgewandelt).

Reverse

Beliebt bei den Gewerkschaftsführern ist die Politik mit Reversen. Das bedeutet, daß linken Gewerkschaftern ein Papier (Revers) zur Unterschrift vorgelegt wird. Ein Revers beinhaltet beliebige Anklagepunkte (z. B. Mitgliedschaft in einer linken Organisation, Verkauf einer kommunistischen Zeitung, Besuch einer bestimmten Veranstaltung, mißliebiges Verhalten auf einer bestimmten Vertrauenskörpersitzung usw.). Durch Unterschrift unter das Revers verspricht dann der Kollege, daß ein „Wiederholungsfall" nicht wieder vorkommt bzw. daß er „*inzwischen nicht mehr Mitglied*" einer bestimmten Organisation etc. ist. Eine Unterschriftenverweigerung durch den Betroffenen zieht einen automatischen Gewerkschaftsausschluß nach sich, eine geleistete Unterschrift wird von den Gewerkschaftsführern als „Schuldbekenntnis im Sinne der Anklage" gedeutet und der Kollege steht sozusagen auf der „schwarzen Liste" und wird wenig später geschaßt, indem frech behauptet wird, daß er schon wieder auf einer bestimmten Veranstaltung etc. gesichtet worden sei und daß er demzufolge seinerzeit (bei Unterschrift) die Unwahrheit gesagt habe. Das System ist denkbar einfach. Der betroffene Kollege kann sich in keinem Fall wehren. Da die Gewerkschaftsführer in ihren „Anklagen" generell nur bestimmte Dinge behaupten und nichts beweisen, ist ein möglicher Gegenbeweis durch den betroffenen Kollegen ausgeschlossen. Ein solches – auch nach bürgerlich-rechtlichen Prinzipien absolut undenkbares – Verfahren wird durch das westdeutsche Vereinsgesetz abgedeckt und ist damit aus dem Bereich jeglicher verfassungsrechtlicher und juristischer Eingriffsmöglichkeiten ausgegliedert. Wie in keinem anderen sozialen Bereich – nicht mal in der Armee, die immerhin minimale Rechte für die einfachen Soldaten bereithält – herrschen in den westdeutschen Gewerkschaften ausschließlich die Prinzipien der absoluten Willkür der Vorstände. Ein Vergleich mit irgendeinem anderen westeuropäischen Land ist völlig ausgeschlossen. (Es gibt in den westdeutschen Gewerkschaften nicht einen einzigen Wahlvorgang, dessen Ergebnisse von den Gewerkschaftsvorständen nicht sofort wieder annulliert werden könnte, eine oft und gern geübte Praxis.)

Zerschlagung und Auflösung gewerkschaftlicher Gliederungen

In der Verfolgung linker Aktivitäten haben die Gewerkschaftsführer auch nicht vor Massenausschlüssen und Zerschlagung und Auflösung ganzer gewerkschaftlicher Basisgremien zurückgeschreckt. In den Jahren 1973 und 1974 wurde bundesweit – ein Bundesland nach dem anderen – die gesamte Jugendarbeit vor allem der IG Metall, der ÖTV und des DGB selbst zerschlagen, alle betrieblichen und überbetrieblichen Jugendgruppen wegen „Linkslastigkeit" aufgelöst, dasselbe Schicksal erreichte die offiziellen örtlichen und landesweiten Leitungsgremien der Gewerkschaftsjugend, oft genug unter Einsatz knüppelnder Polizei-Einheiten, die von den Gewerkschaftsführern angefordert wurden. Es hagelte dabei hunderte von Gewerkschaftsausschlüssen gegen Mitglieder, die als Lehrlinge gerade ihre ersten Erfahrungen mit Berufsleben und innergewerkschaftlicher „Demokratie" machten. In dieselbe Zeit fallen die ersten Gesamtausschlüsse gegen Vertrauenskörper (wie z. B. bei den beiden Hamburger Chemie-Betrieben Reichhold und Texaco) und die Auflösung großer Basisgremien in der ÖTV, besonders in Hamburg und Westberlin. Den vorläufigen Gipfelpunkt erreichten die DGB-Führer schließlich 1977 mit dem Ausschluß eines ganzen Landesverbandes der GEW (Lehrer-Gewerkschaft) mit etwa 13.000 Mitgliedern, weil er nicht bereit war, sich dem Diktat der DGB-Führer zu unterwerfen, insbesondere nicht die Gewerkschaftsausschlüsse anerkannte und akzeptierte.

Die Gewerkschaftsvorstände sind Teil des BRD-Staatsapparates und werden erst mit diesem verschwinden. So wichtig heute für die Linke die politische und gewerkschaftliche Arbeit unter den Millionen gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern ist, so unsinnig wären auch Hoffnungen und Spekulationen über eine mögliche Demokratisierung dieser Insititutionen.

Die Krise der Metallindustrie in Lothringen

Die Krise der Metallindustrie in Lothringen

Donnerstag, 14. April:

Thionville, traditionelle Bastion der Metallindustrie in Lothringen, ist für einen ganzen Tag eine Tote Stadt.

Die Händler schließen ihre Läden, die Arbeiter streiken. 15.000 Menschen demonstrieren. Dieser Tag war mehr als ein Symbol. Denn der Restrukturierungsplan der Metallindustrie in Frankreich bedeutet tatsächlich den Tod, und zwar nicht nur für eine Stadt, sondern für eine ganze Region. Ganz Lothringen ist heute bedroht, wenn man zur Krise der Metallindustrie noch die des Kohlebergbaus hinzunimmt.

Die Metallindustrie ist ein bedeutungsvoller Wirtschaftssektor in Lothringen. Die Krise dauert schon eine ganze Zeit lang an: Die Unternehmer haben bereits früher viel Phantasie bewiesen, um sich tausender von Arbeitern zu „entledigen", ohne auf Entlassungen zurückgreifen zu müssen. In wenigen Jahren hat die Zahl der Arbeitslosen in Lothringen ca. 40.000 erreicht. Aber erst die Ankündigung des kapitalistischen Restrukturierungsplans der Metallindustrie, am 1. April, bedeutet das „aus". Ziel dieses Plans ist es, die französische Metallindustrie „rentabel" zu machen; das bedeutet die Beibehaltung ihres modernisierten Flügels (Dunkirchen und Fos-sur-Mer), während der Rest liquidiert wird, also die Metallindustrie im Norden Frankreichs und in Lothringen, die als „unrentabel" und „veraltet" eingestuft wird.

Die Kapitalisten und der Staat stützen sich dabei auf das Defizit der Hauptbetriebe der Region: So beläuft sich das Defizit von „Usinor" – einer der größten Metallbetriebe – auf 1245 Millionen Francs für das vergangene Jahr.

Der Preis für dieses Projekt der Restrukturierung ist sehr hoch ... für die Arbeiter! Der Plan sieht 16.000 Entlassungen vor (d.h. ungefähr 10% der Metallarbeiter), die alle noch vor 1979 vorgenommen werden sollen, davon 12.500 in Lothringen. Diese Zahlen allein sind schon katastrophal. Dennoch sind sie nur ein Teil der Realität. Denn es gibt nicht nur die großen Metallbetriebe. Es gibt auch eine Unmenge an Kleinbetrieben, die genauso die Konsequenzen der Krise spüren werden.

Und betrachtet man zusätzlich die Konsequenzen für den Handel, sind es insgesamt 50.000 Menschen, die morgen arbeitslos sein werden.

Die Ursachen der Krise liegen tief und gehen weit über die vorgeschobenen Begründungen der Unternehmer hinaus.

Die Unternehmer haben nichts getan, um ihre Betriebe in Lothringen rentabel zu machen und zu modernisieren, um somit die Produktivität und die Arbeitsplätze zu garantieren, obwohl es ihnen an Hilfe seitens des Staates seit Jahren nicht gemangelt hat.

Sie zogen es aber vor, dieses Geld für Investitionen in rentableren Sektoren zu benutzen. Die „Hilfe des Staates", die als ein „Mittel zur Sanierung der Situation" verkauft wird, ist tatsächlich nichts anderes als ein gigantisches Gangster-Geschäft zugunsten der Großunternehmer in der Metallbranche. Der eigentliche Grund aber liegt in der weltweiten Krise der Metallindustrie und in der Neuverteilung des internationalen Marktes.

Einerseits hat die Preiserhöhung der Rohstoffe die Stahlproduktion ziemlich getroffen. Die Konkurrenz hat sich verschärft und hat neue Bedingungen auf dem Weltmarkt geschaffen. Eine Krise von dieser Breite ist auch Anlaß zur Konfrontation zwischen kapitalistischen Mächten, um neue Kräfteverhältnisse durchzusetzen.

Während die USA auf ihrem Niveau bleiben und andere kapitalistische Länder mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind es die BRD und Japan, die die Hauptnutznießer dieser Krise sind. Die Gründe für diese Situation liegen im wesentlichen in den Ausbeutungsbedingungen in diesen beiden Ländern (Kräfteverhältnis gegenüber der Arbeiterklasse, Lohnraub usw...) und in dem diese Staaten auszeichnenden Grad der Kapitalkonzentration.

Die BRD insbesondere besitzt zwei Trusts, die bereits alleine 40 % der gesamten Geschäftsbilanz in Europa ausmachen.

Unter diesen Bedingungen kann die BRD eine Hegemonie auf dem Markt beanspruchen, und Frankreich an die Wand spielen. Die französische Bourgeoisie hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des gegebenen Kräfteverhältnisses reagiert: Sie will eine Restruktuierung der gesamten Metallindustrie durchsetzen, bei der nur die rentabelsten Sektoren aufrechterhalten werden, und wo die Arbeiter die Hauptlast der Krise bezahlen.

Für alle Metallarbeiter, und insbesondere für die Metallarbeiter in Lothringen, hat der Kampf begonnen; und dieser Kampf muß dem Ausmaß des Angriffs Rechnung tragen. Auf der einen Seite eine brutale Regierung und Kapitalistenklasse, auf der anderen Seite Tausende von Arbeitern, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie kämpfen für das Recht auf Arbeit und für das Recht, in ihrer Region zu leben. Es handelt sich um eine tatsächliche Kraftprobe, die einen Testwert für das gesamte Land haben wird. Denn jeder ist sich über die politische Tragweite des Konflikts bewußt. Die Regierung und die Unternehmer beginnen ihren Kampf in einem Industriesektor, der laut dem „gemeinsamen Programm" (von PS und KPF) nationalisiert werden soll. Indem sie alles auf die Krise setzen, schaffen sie für das Linksbündnis, das hier, für den Staat einen toten Sektor übernehmen wird, eine unerträgliche Situation. Diese Entscheidungen werden heute getroffen. Das Linksbündnis ist in seinen politischen Positionen gefangen. Heute, wo Georges Marchais im Fernsehen den Unternehmer-Vertretern versichert, er würde ihre Macht im Betrieb nicht infrage stellen wollen; heute, wo die KPF sich hinter Mitterrand einreiht, um die Wahl des Europaparlaments zu akzeptieren, fragt man sich, welche Mittel dem Linksbündnis übrigbleiben werden, um die Situation zu ändern. Den Rahmen Europas zu akzeptieren heißt, die kapitalistische Krise zu akzeptieren, heißt, die Institutionalisierung des heutigen Kräfteverhältnisses zu akzeptieren. Es heißt auch, sich die Hände für die Zukunft zu binden. Die französische „Linke" scheint diese Wahl getroffen zu haben. Die Arbeiter werden darüber ihr Urteil sprechen!

Jean Pierre Vigier

(La renaissance de l'imperialisme Allemand et la construction de l'Europe)

Der Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus und die Schaffung Europas

Diesen Artikel schrieb J.P. Vigier für eine französische Zeitung („Le Monde Diplomatique"). Genosse Vigier ist ehemaliges Mitglied des Generalstabs der Resistance und heute Mitbegründer einer Initiative gegen die deutsch-amerikanische Vorherrschaft in Europa. In seinem Artikel stellt er den wirtschaftlichen Neuaufbau und Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus, vor allem auf dem Gebiet der Außenwirtschaft und der innerimperialistischen Konkurrenz dar. Er widerlegt die – auch von der chinesischen Außenpolitik und den „linken" Vaterlandsverteidigern behauptete – These, daß ein „Vereinigtes Europa" zur Unabhängigkeit vom US-Imperialismus beitragen werde, da der BRD-Imperialismus als „Junior-Partner" des US-Imperialismus handelt.

Au lendemain de la défaite de 1945, les classes dirigeantes de l'Allemagne de l'Ouest se trouvent menacées dans leur existence même. Organiquement associées au nazisme, elles n'ont pu réussir à s'en dissocier à temps pour échapper à la phase d'asservissement que veulent lui imposer leur adversaires, les Etats-Unis en particulier. Les vainqueurs se partagent l'Allemagne. Ils envisagent même a l'Ouest (plan Morgenthau) le démantèlement de son appareil industriel. La bourgeoisie allemande est alors sauvée par le developpement de la guerre froide, développement qui fait passer en quelques années l'Etat Ouest allemand du statut d'adversaire vaincu à celui d'allié privilégié des Etats-Unis. Adenauer, le „chancelier des Alliés" jette avec eux les premières bases d'une unification économique de l'Europe.

Le „Miracle allemand" (1945 - 1958)

Le „Miracle allemand" (1945 - 1958)

Avec le recul, cette première phase (1945-1958) de la réconstruction du capitalisme allemand s'explique sans difficulté. Le „miracle allemand", c'est-a-dire l'étonnante résurrection de la puissance industrielle financière et politique de l'Allemagne, repose (à l'heure du second souffle de l'économie capitaliste qui suit la seconde guerre mondiale) sur une série particulière de facteurs favorables.

Héritage direct du IIIème Reich, le premier facteur est la collaboration de la classe ouvrière allemande à la restauration du capitalisme en Allemagne de l'Ouest. Les ouvriers allemands acceptent, dans les années décisives 1945-1952 de travailler sans contre-partie politique. Ils se contentent de salaires assez bas pour que les grands industriels nazis, Krupp, Thyssen etc., restaurés dans leur pouvoir économique par les autorités d'occupation, bénéficient de la plus-value nécessaire pour assurer à la fois les investissements et la conquête de marchés extérieurs indispensables à la reconstitution de leur puissance. Cette capitulation de la classe ouvrière, organisée et dirigée par les syndicats et les autorités américaines, a été rendue possible par la dispartition de fait de toutes les organisations politiques et syndicales de gauche qui se réclamaient de la lutte des classes et par la liquidation des cadres ouvriers par les nazis. Trente ans de fascisme marquent un peuple pour une période historique.

En 1945, la masse de la classe ouvrière allemande, toujours traumatisée par les souvenirs de la période terrible de crise et d'inflation qui a suivi la défaite de 1918 et après avoir soutenu ou participé a l'aventure nationale-socialiste, a perdu toute autonomie politique. Elle fait front avec le patronat contre l'Est et commence seulement aujourd'hui a sortir de la collaboration de classe.

Le second facteur est paradoxalement constitué par l'étendue des devastations resultant des bombardements de l'Allemagne. La reconstruction allemande, entreprise en symbiose avec les principales sociétés américaines, jette les premiéres bases du développement multinational du capitalisme américain au lendemain de la seconde guerre mondiale (1). Les nouvelles usines allemandes vont bénéficier de l'apport de capitaux américains désireux de profiter des bas salaires (par rapport aux salaires américains), de la qualification des travailleurs allemands et de la supériorité que leur confère l'emploi massif de la technologie américaine la plus avancée. Jusqu'en 1970, l'industrie allemande s'est pratiquement exclusivement développée sur la base de brevets américains; même actuellement (voir tableau I) la balance des brevets en Allemagne est encore déficitaire vis-à-vis des Etats-Unis.

Le troisième facteur lié au précédent est le choix délibéré fait par la bougeoisie allemande désormais liée aux Américains de délaisser la politique d'élargissement du marche intérieur au profit d'une politique basée presqu'exclusivement dur l'expansion du commerce extérieur. Ce choix entrainait en éffet une dynamique économique et politique qui échappe au contrôle démocratique intérieur, et entraine à terme la renaissance de l'impérialisme allemand. Il impliquait en effet une accélération de la restructuration interne du capital allemand au profit des grands monopoles et l'irruption ultime de l'Allemagne sur les marchés dont la défaite l'avait écartée, le nucléaire et le trafic des armes en particulier. Il impliquait

marchés dont la défaite l'avait écartée, le nucléaire et le trafic des armes en particulier. Il impliquait

enfin pour contenir les revendications internes de salaires, l'emploi massif d'une main d'oeuvre étrangère déqualifiée. Avant la France, l'Allemagne de l'Ouest attire chez elle plus de trois millions de travailleurs étrangers (les „gastarbeiter"!) devenus indispensables pour assurer le maintien du taux de sa plus-value interne. Le Traité de Rome enfin vient légaliser l'orientation européenne de l'effort économique de la R.F.A. vers l'extérieur. Associés aux compagnies américaines, les industriels allemands trouvent d'abord en Europe le marché indispensable à la reconstruction de leur puissance détruite.

Quant à la concentration bancaire et industrielle allemande, déjà favorisée par Hitler, elle franchit un nouveau seuil qualitatif.

La fusion de Thyssen et de Rheinstahl dans la sidérurgie, celle de Bosch, Siemens, A.E.G., Téléfunken dans l'électronique, la création du groupe V.B.A. dans le pétrole (avec 40% d'Etat) témoignent de l'ampleur du phénomène. Avec le soutien de l'état allemand, des capitaux germano-américains se lancent dans des projets de restructuration industrielle a l'échelle de l'Europe dans la sidérurgie, l'aéronautique et le nucléaire. La Deutschbank, avec le Trust Flick (armement) et Volkswagen Gandt (mécanique) (47 miliards de DM de chiffre d'affaire) constitue le centre d'un nouveau complexe militaro-industriel. Volkswagen absorbé NSU et se lance dans une politique d'implantation a l'extérieur (Etats-Unis, Mexique, Brésil, Afrique du Sud). La bourgeoisie financière allemande reconstitue son hégémonie. La Deutschbank, qui contrôle Rheinstahl, Siemens, Hoechst et Demag), la Commerzbank (Bayle, les grandes surfaces), la Dresdnerbank (A.E.G., Téléfunken, Krupp) disposent d'un budget global supérieur à celui de la R.F.A. Elles ont bâti un réseau de monopoles germano-américains d'une puissance sans précédent dans l'histoire allemande. Les sociétés Volkswagen, BASF, Thyssen-Rheinstahl A.G., Siemens, AEG, Téléfunken-Bosch, Veb-Esselberg, Flick, Hoechst, Hoogovens, Daimler-Benz, Mannesmann, Demag, Krupp, Esso, Shell, Ford, constituent désormais le noyeau le plus puissant du capitalisme occidental. Certains, tels Siemens, BASF, Hoechst et Bayer, émergent au niveau le plus élevé des sociétés multinationales. Alors qu'il y a 20 groupes américains parmi les 50 plus grands groupes multinationales, il y a 8 groupes allemands (Volkswagen, Daimler Benz, Hoechst, Bayer, Siemens, AEG Téléfunken, Bosch, Veba Gelsenberg, Rheinstahl-Thyssen), mais il y a seulement 3 groupes anglais, 2 groupes francais, 2 groupes italiens. Siemens par exemple, contrôle plus de 36 sociétés à l'extérieur, qui opérent dans 136 pays.

La reconquête de l'autonomie (1958 - 1971)

Une telle politique n'allait pas sans soulever des obstacles. Revenu au pouvoir, le général de Gaulle rêve a son tour d'un leadership francais sur l'Europe et s'efforce de secouer la tutelle américaine sur son pays. L'accord de 1961 entre Adenauer et de Gaulle repose sur un malentendu De Gaulle a cru avoir échangé l'ouverture à l'Est contre un ancrage plus européen d'une Allemagne appelée à se détacher progressivement des Etats-Unis. Il pensait créer ainsi les bases d'un duumvirat reposant à la fois sur la puissance économique allemande et la puissance nucléaire francaise. Le calcul ne s'est pas vérifié. A l'heure des choix décisifs, les Allemands ont toujours choisi les Etats-Unis. Ils ne peuvent faire autrement. Dès la fin des années 1959, un examen du tableau des exportations allemandes montre qu'elles ne peuvent plus se contenter d'un cadre européen de libre échange et qu'il leur faut un cadre mondial que seuls les Etats-Unis peuvent leur garantir. Leur dépendance subsiste même encore aujourd'hui à l'heure ou Allemands et Américains se disputent les marchés nucléaires du Brésil et de l'Afrique du Sud.

Sur le plan économique, la période 1958-1971 voit se dévelop-

du Brésil et de l'Afrique du Sud.

Sur le plan économique, la période 1958-1971 voit se dévelop-

per à la fois la concentration intérieure de l'industrie et s'élargir l'effort d'exportation de la R.F.A. vers l'extérieur.

Dans la métallurgie, 6 groupes en 1960, puis 3 groupes en 1970 contrôlent 56% du chiffre d'affaires. Dans la chimie pour 63% on passe, dans la même période, de 8 groupes à 3 groupes. Dans les mines, en 1962, les 6 premières entreprises accaparaient 72,3% du marché contre 84,8% en 1970. Dans les constitutions aéronautiques, les 6 premières entreprises sont passées de 72% a 85% du marché entre 1962 et 1970.

Au cours de la même période l'Allemagne Fédérale édifie progressivement une zone mark (le serpent européen des monnaies). Elle lie son modèle de croissance économique à sa nouvelle place dans la division internationale du travail et à son rôle retrouvé dans la politique internationale. Avec la complicité de la social-démocratie allemande, le grand patronat de la RFA arrache au prolétariat un rapport salaire-profit très en faveur des profits. Il se trouve en position de force et fournit en effort d'exportation très supérieur à celui de la France et de l'Italie. Il surmonte ainsi pour un temps la tendance dangereuse à la surproduction, caracteristique de l'imperialisme, en exportant sa crise vers l'extérieur. Le soutien du dollar (dont la taux élévé freine les exportations américaines) s'explique sans ce contexte ainsi que la résistance constante opposé par la RFA a toutes les pressions visant a réévaluer le mark. La réorientation des industries allemandes vers les industries de pointe accompagne le mouvement d'expansion vers l'extérieur. Le cas de l'industrie nucléaire est exemplaire dans ce contexte.

Depuis 1950, la bourgeoisie ouest-allemande a orienté son pays vers le développement nucléaire civil et militaire. Dès 1956, M. Strauss, alors ministre de la Défense, demande avec succès aux autorités de l'Otan des armes atomiques pour les forces armées allemandes. Depuis 1958, des unités de la Bundeswehr sont effectivement dotées de vecteurs lanceurs de bombes nucléaires. Les partenaires européens de la RFA facilitent l'opération. Une convention franco-germano-italienne de 1958 prévoit même la production commune de fusées S.S. 10 et 11, de fusées sol-sol et sol-air „Nike" et „Hawk" qui préparent une nouvelle generation de vecteurs porteurs de bombes atomiques. Depuis 1964, la Bundeswehr dispose de 560 appareils susceptibles des porter de telles bombes (sur 700) dont 30 (porteurs de bombes atomiques américaines) en état d'alert permanente. Les projets des gouvernement chrétien-démocrates et de leurs successeurs socio-démocrates ont été résumés par M. Helmut Schmidt alors premier ministre socialiste de la défense depuis la guerre. Dans son livre „Défense ou Revanche", il écrit (p. 168) que „l'armement de la Bundeswehr est orienté vers la préparation d'une guerre nucléaire". Il définit en trois pointes essentiels

Bundeswehr est orienté vers la préparation d'une guerre nucléaire". Il définit en trois pointes essentiels

la politique atomique de son pays: selon lui, l'Allemagne peut redevenir une grande puissance nucléaire

1) en construisant des centrales nucléaires „pacifiques" selon des critères essentiellement militaires. Dès 1962 en effet, 3.000 personnes travaillent dans des centres de recherche nucléaire qui dépensent, de 1956 à 1961, plus de 1,5 milliard de DM. Un des buts essentiels du programme de recherche est la production de plutonium pur à partir de matériel irradié dans les piles productrices d'énergie.
2) en préconisant des conceptions militaires a l'intérieur de l'OTAN qui prévoient l'utilisation immédiate des armes atomiques (alors que pour l'instant les Etats-Unis prévoient une „riposte graduée");
3) en contournant la concurrence américaine par la livraison à des pays tels que le Brésil et l'Afrique du Sud (qui n'ont pas signé le traité de non prolifération) d'une technologie que transforme ces pays en fait en puissance atomiques et leur permettra de livrer de telles armes à l'Allemagne.

Le nouvel Impérialisme (1971 - ?)

Depuis 1971, (date de la dévaluation du dollar et du début de la guerre économique ouverte par les Etats-Unis contre l'Europe et le Japon) la RFA a changé de politique économique à l'intérieur et à l'extérieur. Après avoir soutenu le dollar, il lui faut à la fois contenir la hausse du mark (2), éviter la surchauffe et défendre ses exportations contre la nouvelle concurrence américaine. L'Allemagne de l'Ouest utilise donc l'exxédent de sa balance des paiements pour passer progressivement de l'exportation des marchandieses a l'exportation de capitaux et de technologie avancée: stratégie classique des impérialismes en période d'expansion. En conséquence les investissements allemands à l'étranger sont multipliés par 4 ou 5 (selon les secteurs) en moins de quatre années. Entre 1971 et 1974, les investissements ont atteint 11 milliards de DM, soit le tiers du total des investissements de la période 1952-1974. Ces investissements extérieurs sont du reste garantis par la RFA (3). Le tableau III fournit les bilans de l'opération.

Comme l'a montré une étude de C. Mills: „Toute la diplomatie allemande est mise au service de la politique de redéploiement....: course aux marchés de l'Amérique Latine, de l'Afrique du Sud, reforcement de la politique d'implantation aux Etats-Unis, en Amérique Latine, en Europe, en particulier dans l'Europe Méditerranéenne, dans les pays de l'OPEC...

L'extension des exportations en directions des pays de l'OPEC et des pays socialistes permet de soutenir l'excédent commercial malgré le tassement des exportations vers la C.E.E.

Depuis la venue au pouvoir de la social-démocratie, l'excédent commercial à été multiplié par 6. Il atteint en 1974 la somme de 56

la social-démocratie, l'excédent commercial à été multiplié par 6. Il atteint en 1974 la somme de 56

milliards de DM. Les groupes allemands sont au premier rang pour les exportations de biens d'équipement, du matériel de transport, des produits pharmaceutiques. Ils exportent pour 59% de produits industriels (43% pour la France). 18,6% des exportations de l'OCDE sont effectuées par des groupes allemands, soit le double de ce qu'effectuent les groupes français.

Le déficit de la France à l'égard de la RFA atteint en 1975 la somme de 6 milliards de francs. Pourtant, cette politique a un revers: les groupes allemands dépendent de leur commerce extérieur. En 1974, 1/4 de la production est exportées; pour certaines branches comme l'automobile, ce pourcentage est de 52%. La France est le premier client, mais elle n'est plus le premier fournisseur (ce sont les Pays-Bas), ce qui montre la „solidarité" de fait entre la grande bourgeoisie allemande et française, et le creusement du développement inégal et des contradictions. 73% des exportations sont encore dirigées sur les pays industrialisés, 44,9% vers la C.E.E."

Un tel changement à l'expérieur implique un redéploiement industriel à l'intérieur. Après l'accumulation tous azimuths des années 60 (sidérurgie, chimie, électronique, informatique, textile, cuir, bois, etc.) qui comptait sur les gains de productivité pour faire face à la concurrence internationale, de la France et de l'Italie par exemple, la majeure partie du flot des investissements allemands se réoriente alors sélectivement vers des industries de pointe: biens d'équipement, machines-outils, nucléaire, production d'armes et d'avions de combat.

La reconversion vers un nouvel impérialisme allemand autonome va trouver une traduction politique facilitée par l'orientation générale des périodes antérieures. Elle va entrainer une modification de la politique allemande à l'intérieur et à l'extérieur.

A l'intérieur d'abord, elle implique à court terme la fin du règne politique (encouragé et financé par les Etats-Unis) de la social-démocratie allemande. Nécessaire pour rendre respectable la phase de la ré-insertion de la R.F.A. dans le jeu politique mondial (elle a fait passer l'Ostpolitik), et pour organiser la répression intérieure (elle a proposé et fait voter les interdictions professionelles, „Berufsverbote"), elle perd son utilité (parce que trop inféodée aux Américains) lorsque la bourgeoisie allemande décide d'agir de façon autonome.

A l'extérieur ensuite, où la RFA se substitue progressivement aux Etats-Unis, non seulement dans la zone mark (serpent européen des

TABLEAU I

BALANCES DES TRANSFERTS TECHNOLOGIQUES

Pays	Annee	Balances des Transferts Technologiques			
		Exports (millions de dollars)	Imports (millions de dollars)	Balance	Exports/ Imports
FRANCE	1971	155	286	- 131	54 %
Allemagne federale	1971	169	458	- 289	37 %
Grande-Bretagne	1970	356	287	+ 69	124 %
Japon	1971	60	483	- 424	12 %
Etats-Unis	1970	2480	230	+2250	1080 %

monnaies) mais aussi à l'extérieur: Portugal (1/3 des investissements allemands en Europe), Espagne, etc., et comme soutien des régimes „gorilles" (Chili, Brésil) en Amérique Latine.

Pour évaluer la nature des conséquences du renouveau de l'impérialisme ouest-allemand, rappelons brièvement trois retombées essentielles de la „guerre" froide économique lancée en 1971 par Nixon et prolongée en 1973 par le quadruplement du prix du pétrole organisé par les Etats-Unis.

La première, evidente, est de plonger dans la crise l'ensemble de leurs adversaires économiques. Le dollar papier étant devenu monnaire internationale de fait, les pays industriels sont contraints d'épuiser leur réserves de dollars (pétrodollars) au profit des exportateurs de pétrole. Ceux-ci les réinvestissent bien comme prévu (essentiellement aux Etats-Unis), mais aussi en R.F.A. et au Japon, ce qui attenue les effets de l'opération. Le yen et le mark, qui progressent par rapport au dollar, tendent aussi à devenir des monnaies internationales.

Une seconde conséquence s'ensuit (voir „Le Monde Diplomatique" de déc. 76): la fracture de l'ensemble du système des pays capitalistes et l'écroulement économique du Tiers Monde. Au sommet de la pyramide (premier monde) émergent maintenant trois puissances: Etats-Unis, Japon, Allemagne, dont les deux dernières ont maintenu un excédent de leur balance commerciale. Un „deuxième monde" surgit ensuite, constitué par les pays (Angleterre, Italie, France etc.) dont l'endettement va croissant et qui s'enfoncent progressivement dans la stagflation et la déqualification industrielle. Depuis 1974 par exemple, la balance commerciale des pays de la C.E.E. connait globalement un très fort déficit (atténué en 1975 par la baisse d'importations liée à la chute de leur production) alors que les excédents de la RFA ne cessent de croitre.

Deux faits remarquables permettent d'évaluer la nature exacte du processus ainis engagé.

En premier lieu, la spéculation de Nixon et de Kissinger sur l'impact de leur politique, a été partiellement déjouée par la réaction des pays industrialisés. Ils ont réussi en effet à faire payer en très grande partie de prix de la hausse de leur note de pétrole par les pays sous-développés. Leur déficit vis-à-vis des pays de l'OPEP est compensée par l'extension rapide de leurs surplus vis-à-vis du Tiers Monde et des pays socialistes. Entre 1971 et 1975,
socialistes. Entre 1971 et 1975,
leur surplus commercial global (premier et deuxième monde réunis s'est amélioré de 16,1 milliards de dollars d'accroissement de leur facture petrolière vers l'OPEP, s'accompagnant de 23,2 milliards de dollars de surplus supplémentaire en direction des pays „en voie de développement" non petroliers, et de 17,3 milliards envers le reste du monde, pays socialistes inclus. En clair, ceci signifie que le Tiers Monde paye son pétrole plus cher et subventionne une part importante du pétrole des pays riches, Etats-Unis inclus.

La troisième conséquence, généralement ignorée du public est la dégradation des termes de l'échange du deuxième monde vis-à-vis du premier. Depuis le début de l'année 1976, par exemple, la dette de pays comme la France (voir tableau II joint) est plus forte vis-à-vis des Etats-Unis, du Japon et de la RFA que vis-à-vis des pays de l'OPEP. Si l'on rapproche ce fait de la chute brutale des investissements dans le second monde, on voit que les plans d'austérité imposés par Barre, Callaghan et Andreotti, ne sont pas destinés à permettre un redressement ultérieur de l'économie, mais à faire payer aux masses la facture du nouvel „ordre" impérialiste germano-américain. Les gouvernements pro-américains de l'Europe du Sud appliquent la volonté du F.M.I., c'est-à-dire les ordres de M. Carter et de ses alliés.

Enfin l'exportation des capitaux ouvre une phase qualitative nouvelle de la politique étrangère de la RFA qui débouche a l'échelle internationale. Pour la premiere fois depuis 1945, les dirigeants du capitalisme allemand se sentent assez forts pour tenir tête aux Etats-Unis. Depuis trois ans, ils leur disputent les marchés du Moyen-Orient, d'Afrique et même d'Amérique Latine. L'affaire de l'équipement nucléaire du Brésil en témoigne avec éclat. La R.F.A. refuse d'abandonner un projet de 8 centrales nucléaires, capables de fournir à la dictature gorille du Brésil les armes nucléaires nécessaires pour réaliser ces ambitions à l'échelle du sous-continent. Après avoir tenté, sans succès, un coup d'état anti-américain en Bolivie, elle fait passer pour une part le Chili, la Colombie et le Vénézuela dans sa zone d'influence. Elle fournit même aux brésiliens les armes conventionelles que leur fournissaient jusqu'alors MM. Carter et Brezhinski.

TABLEAU IV

	TOTAL STOCK en Mio DM	FLUX en Mio DM
1965	8.317,0	1.112,0
1966	9.995,0	1.678,0
1967	12.057,0	2.062,0
1968	14.349,0	2.292,0
1969	17.618,0	3.269,0
1970	21.113,0	3.495,0
1971	23.781,0	2.668,0
1972	26.596,9	+2.815,9
1973	32.262,0	+5.665,1
1974 (1)	36.764,9	+4.502,9
1975	41.991,6	+5.226,7

A partir de 1974, QATAR et ARABIE SAOUDITE compris.

Ainsi les projets de M. Carter, tels qu'ils ont été définis par la commission trilatérale (voir „le Monde Diplomatique" de Nov. et Déc. 1976) sont déjà menacés par les évènements. Les proconsulats offerts par les Etats-Unis au Japon et à la R.F.A. sont apparemment insuffisants pour les satisfaire. Ce fait, un triumvirat de superpuissances capitalistes (Etats-Unis, Japon, R.F.A.) en état d'alliance conflictuelle se met en place sous nos yeux. L'équilibre interne du systeme est évidemment vulnerable. Le redémarrage de la crise (ni le chômage, ni l'inflation, ni les desequilibres commerciaux et financiers ne sont en résorbtion à l'echelle de l'ensemble du système capitaliste) peut tout remettre en cause à chaque instant . . . comme en témoigne la férocite des luttes commerciales engagées pour le partage du marché mondial/Exemple récent: l'offensive brutale du Japon sur les marchés européens et americain de l'acier; offensive encouragée en sous-main par la R.F.A. qui en attend un regroupement européen des producteurs sous sa propre direction. Les ouvriers licenciés de Lorraine sont les victimes directes de cette politique. Il est vrai que des facteurs d'unité demeurent: la necessité de contenir les révendications du Tiers Monde ou de maintenir l'ordre social dans les nouveaux états satellisés: Grande-
de maintenir l'ordre social dans les nouveaux états satellisés: Grande-
Bretagne, Italie et France en particulier. On s'explique alors le zèle subit des Etats-Unis et de la R.F.A. pour une construction accélérée de l'Europe. Ils y voient une garantie de leur hégémonie et une assurance contre les réactions populaires de masses condamnées a la portion congrue pour une période historique. On s'explique aussi le retour à la guerre froide. L'impéralisme americain cherche dans un renouveau de la tension internationale les moyens de consolider l'unité de son camp. L'echec des négociations de Moscou n'a pas d'autre sans profond. L'amour soudain de MM. Carter et Brezhinski pour les droits de l'homme est visiblement à sens unique. Ils ne font rien pour déstabilisier Pinochet . . . mais M. Carter a utilisé avec habileté la cause des dissidents soviétiques pour faire accepter a l'opinion américaine l'abadon de ses promesses électorales sur la réduction du budget militaire américain et la limitation de la course aux armements engagée avec l'U.R.S.S.. Il profite ainsi de la supériorité technique (de 5 à 10 ans d'avance) que lui fournit le dévéloppement du missile robot „cruise" (mis au point lors des bombardement du Viet-Nam) pour enclancher une escalade dont il compte tirer parti sur le plan politique. Le retour à des formes de guerre froide servent aujourd'hui les desseins de l'impérialisme américain. C'est dans ce contexte qu'il faut apprécier la nature des projets d'Europe en construction et évaluer les conséquences de la dynamique qui pourrait s'engager. Du point de vue du capitalisme allemand la construction de l'Europe doit être accélérée pour lui permettre de stabiliser sa nouvelle situation internationale. Il spécule sur les illusions de légitimité démocratique qui pourraient être créées par l'election du parlement européen au suffrage universel. Il compte utiliser le poids dont disposeraient les forces sociales-démocrates (ou neo-sociales-démocrates comme le P.C.I.) pour faire accepter aux peuples les plans d'austérité et de restructuration indispensables pour donner un nouvel élan à la réorganisation des rapports de force au profit des multinationales germano-américains. Les politiques régionales et agricoles communes peuvent servir d'exemple à cet égard.

Il n'est donc plus possible de soutenir sérieusement que les mécanismes européens pourraient jouer en faveur d'une autonomie vis-à-vis des Etats-Unis ou favoriser l'organisation commune des luttes populaires. C'est le contraire qui est vrai. Sur ce terrain, l'attitude ambigüe des partis communistes qui se réclament de l'Eurocommunisme ne facilite pas les choses. Ils ont pratiquement accepté les analyses pro-américaines de la social-démocratie. Ils s'efforcent de troquer leur „sagesse" sur le plan de la construction de l'Europe, de la lutte sociale et de l'integration atlantique contre leur participation aux pouvoir „compradores" de l'Europe du Sud.

Œ faisant, ils tournet le dos au marxisme: L'Europe que soutiennent Carter, Strauss, Schmidt, Giscard et Andreotti a un sens de classe très précis: elle signifie pour l'Europe du Sud (la France et l'Italie en particulier) l'élimination de la masse des paysans et la déqualification des ouvriers par la transformation de l'industrie de sous-traitance. Le rejet de l'Europe par les organisations ouvrières n'est pas et ne doit pas être argumenté dans un sens nationaliste car il relève d'une demarche plus profonde: le refus de la solution (austérité et nouvelle division internale du travail) que veulent donner à la crise les maîtres germano-americains de l'Europe et leurs auxiliaires du second monde. La lutte contre l'austérité, la lutte pour l'indépendance nationale sont désormais inséparables dans la marche de la classe vers le contrôle ouvrier et l'avènement du socialisme.

(1) L'implantation de toutes les multinationales américaines en Europe a commence par l'Allemagne de l'Ouest.

(2) Le DM s'est valorisé de 20% depuis 1971 par rapport à l'ensemble des monnaies et de 40% par rapport au franc depuis 1969. Les réserves de la Bundesbank, les plus importantes du monde, représentent à elles seules la moitié des réserves de la C.E.E.

(3) Le gouvernement allemand (et les banques) prévoient des garanties pour tout placement financier à l'étranger contre tout risque politique ou autre allant jusqu'a 95% du projet. Il offre une indemnisation en cas d'expropriation, la possibilité de constituer des réserves exonérées d'impôt pour les investissements les plus risqués (jusqu'à 80% du projet), des crédits de financement et d'encouragement pour les investissements à l'étranger, et le libre transfert des bénéfices. Le Tableau IV fournit des indications sur les résultats.

Tafel 1

Tableau 5.3.: Recettes et dépenses pour brevets, licences et redevances de fabrication de la R. F. A.

		Tóutes branches d'activite			Industrie électrique			Industries productrices et transformation de métaux		
		R	D	S	R	D	S	R	D	S
C. E. E.	1972	155.2	332.3	–177.1	34.1	148.7	–114.6	42.1	55.9	–13.8
	1973	122.5	300.8	–178.3	30.6	155.4	–124.8	22.9	41.0	–18.1
dont Pays-Bas	1972	11.4	160.9	–149.5	0.6	134.0	–133.4	0.4	6.1	– 5.7
	1973	15.2	169.7	–154.5	0.9	143.1	–142.2	2.3	8.0	– 5.7
A. E. L. E.	1972	48.0	305.7	–257.7	12.4	21.0	– 8.6	6.8	104.8	–98.0
	1973	60.7	333.2	–272.5	16.8	26.2	– 9.4	8.9	94.3	–85.4
dont Suisse	1972	18.2	279.0	–260.8	6.0	18.9	– 12.9	1.4	90.8	–89.4
	1973	22.9	301.4	–278.5	8.1	22.5	– 14.4	1.3	78.2	–76.9
Etats Unis	1972	112.8	716.9	–604.1	16.2	406.4	–390.2	50.2	114.2	–64.0
	1973	97.9	786.0	–688.1	18.9	465.4	–446.5	30.2	121.8	–91.6
Japon	1972	107.1	4.8	+102.3	30.3	0.4	+ 29.9	52.2	1.9	+50.3
	1973	104.3	10.0	+ 94.3	35.1	0.2	+ 34.9	45.1	4.0	+41.1
Brésil	1972	77.2	0.0	+ 77.2	3.0	0.0	+ 3.0	73.4	0.0	+73.4
	1973	56.3	0.0	+ 56.3	0.2	0.0	+ 0.2	54.1	0.0	+54.1
Autres	1972	140.3	22.7	+117.6	21.6	0.1	+ 21.5	55.3	8.6	+46.7
	1973	125.9	8.9	+117.0	25.4	0.1	+ 25.3	45.5	3.7	+41.8
	1972	640.6	1.382.4	–741.8	117.6	576.6	–459.0	280.0	285.4	– 5.4
	1973	567.6	1.438.9	–871.3	127.0	647.3	–520.3	206.7	264.8	–58.1

Source: d' après le Rapport mensuel de la Deutsche Bundesbank – Octobre 1974 – (en millions de DM)

Note?: Le solde déficitaire enregistré par la R.F.A. vis-à-vis des Etats-Unis représente, en 1973 et pour toutes branches d'activité, près de 80 % du déficit global pour cette même année. Rapporte aux seuls pays avec lesquels la R.F.A enregistre un déficit, il représente quelques 53 %, dont 39 % pour la seule branche Industrie Electrique.
A titre de comparaison, le déficit global français s'est élevé à F 587 millions (soit 345 millions de marks et à peine 40 % du déficit allemand). Mais le déficit a l'égard des Etats-Unis représente aussi une part élevée: quelques 60 % rapporté aux seuls pays avec lesquels la France enregistre un solde négatif.

R = ventes D = Actats S = Solde TABLEAU I

Tafel 2

	Amerique du Nord	Japon	C.E.E. -zone	Europe non C.E.E. - z	Europe del 'Est	Amerique Latine	Afrique - zone	Asie - zone	Oceanie	Pays de la zone	Autres pays	TOTAL
1965	-74,56	- 4,32	27,54	119,95	- 0,64	-29,74	-7,85	14,49	2,58	-47,01	34,55	35,01
1970	-29,29	-2,14	48,94	232,50	16,01	- 5,60	-0,85	23,81	11,67	38,11	31,39	364,55
1971	18,90	- 17,13	58,34	268,84	21,41	11,73	19,41	24,49	6,9	-18,35	-3,02	391,52
1972	82,25	-31,28	56,90	337,17	56,23	13,18	0,30	20,94	-1,21	6,4	-3,25	537,03
1973	89,90	-25,96	246,53	493,52	122,85	11,19	21,04	6,54	5,65	87,41	21,86	1078,44
1974	106,45	-3,47	446,50	643,83	220,06	105,92	-1,67	26,05	27,02	78,58	33,25	1682,52
1975	-29,39	-66,01	222,07	590,70	273,86	77,62	27,13	-26,30	-1,29	224,35	25,06	1317,8

TABLEAU I,8: SOLDE DES ECHANGES EXTERIEURS ALLEMANDS.
tableaux II En Millions

Tafel 3

	Amerique du Nord	Japon	C.E.E. – zone	Europe C.E.E. – zone	Europe l'Est	Amerique Latin	Afrique – zone	Asie – zone	Oceanie	Pays de la zone	Autres pays	TOTAL
1965	135,74 9,1 %	15,65 1,0%	544,14 36,6 %	284,22 19,1 %	42,40 2,8 %	69,13 4,6 %	50,28 3,4 %	61,70 4,1 %	16,74 1,1 %	228,31 15,3 %	42,70 2,9 %	1491,03 100
1970	287,19 10,1 %	44,57 1,6 %	1039,00 36,5 %	489,55 17,2 %	108,94 3,8 %	116,03 4,1 %	93,00 3,2 %	91,87 3,2 %	29,66 1,0 %	515,64 18,1 %	33,60 1,2 %	2849,05 100
1971	349,10 10,7 %	43,45 1,3 %	1241,01 38,2 %	541,24 16,6 %	127,90 3,9 %	133,24 4,1 %	113,09 3,5 %	95,93 2,9 %	29,31 0,9 %	570,70 17,6 %	8,34 0,2 %	3252,30 100
1972	397,20 10,3 %	50,90 1,3 %	1483,78 38,6 %	643,87 16,7 %	184,22 4,8 %	155,43 4,0 %	99,89 2,6 %	105,56 2,7 %	31,17 0,8 %	689,62 18,0 %	9,18 0,2 %	3850,64 100
1973	522,77 9,3 %	87,09 1,5 %	2174,65 38,8 %	903,62 16,1 %	316,20 5,6 %	200,52 3,6 %	167,13 3,0 %	142,88 2,5 %	46,23 0,8 %	1019,75 18,1 %	38,90 0,7 %	5619,74 100
1974	619,95 8,3 %	108,97 1,5 %	2733,81 36,9 %	1135,41 15,3 %	471,79 6,3 %	329,67 4,4 %	243,77 3,3 %	200,77 2,7 %	77,26 1,0 %	1453,19 19,6 %	55,87 0,7 %	7430,46 100
1975	509,16 6,8 %	79,33 1,1 %	2723,07 36,3 %	1132,79 15,1 %	546,01 7,3 %	333,66 4,0 %	255,48 3,4 %	189,05 2,5 %	59,99 0,8 %	1632,28 21,8 %	70,96 0,9 %	7501,78 100

TABLEAU III: EXPORTATIONS ALLEMANDES (Suite) (f.o.b.; millions de dollars E.U.; moyennes mensuelles)
Source: O.C.D.E.